



Dr. Otto Wiesheu:

Bayern als Günstiger der Urlauber

In den ersten neun Monaten dieses Jahres kamen noch einmal gut vier Prozent mehr Gäste als im Vorjahreszeitraum in den Freistaat. **Seite 4**



Dr. Gabriele Pauli:

Kurswechsel in der Kommunalpolitik!

Vor dem Hintergrund der unbefriedigenden G8-Finanzierung mahnte die Fürther Landrätin mehr Kommunalfreundlichkeit an. **Seite 13**



Theo Zellner:

Schulen spielen die Fußball-WM

Das Gemeinschaftsprojekt der Partner-Landkreise Cham und Bautzen nimmt Gestalt an. 32 Startplätze stehen zur Verfügung. **Seite 14**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 17. November 2005

56. Jahrgang / Nummer 22

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Privatisierung und Kommunalwahlen

Die mögliche Privatisierung von KFZ-Zulassungsstellen sowie ein Ausblick auf die Kommunalwahlen 2006 und 2008 standen bei der jüngsten Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses im Zentrum der Diskussion. Als prominente Gäste hieß KPV-Landesvorsitzender Landrat Luitpold Braun Wirtschaftsstaatssekretär Hans Spitzner sowie CSU-Generalsekretär Dr. Markus Söder willkommen.

Innerhalb der kommunalen Gremien keimte in den vergangenen Wochen und Monaten immer wieder die Diskussion auf, ob nicht die KFZ-Zulassungsstellen im Rahmen der allgemei-

nen Verwaltungsreform und der Privatisierungsbemühungen aus den kreisfreien Städten herausgenommen werden und an einen anderen Träger vergeben werden sollen. Laut Spitzner ist in dieser

rungsfälle zuständig und führten die Aufsicht für die Zulassungsstellen der Versicherungen.

Bewährtes Verfahren

In Deutschland, so Spitzner, habe sich das Zulassungsverfahren durch die Kreisverwaltungsbehörden bislang hervorragend bewährt. Die Zulassungsbehörden seien ein positives Aushängeschild, es bestehe eine optimale EDV-Ausstattung. Zudem sei eine hohe Zuverlässigkeit der Bediensteten gewährleistet. Der Landkreistag habe deshalb klar und deutlich formuliert, die Aufspaltung auf Private und Behörden sei nachteilig, man gehe nicht davon aus, dass diese Maßnahme kostengünstiger sei - im Gegenteil. Hinzu komme, dass mittelständische Schilderhersteller und Zulassungsdienste negative Auswirkungen zu befürchten hätten.

Ende November wird Spitzner zufolge das Thema im Ministerrat diskutiert. Eine abgestimmte Meinung gebe es noch nicht, weshalb der Staatssekretär die KPV-Mandatsräger aufrief, mit konstruktiven Beiträgen aktiv zu werden.

(Fortsetzung auf Seite 4)



„Im Dienst der Menschlichkeit Gutes tun für eine bessere Welt“ ...

lautet das Motto, das Julius Itzel seiner Stiftung vorstellte. Der reiche Mäzen verfügte testamentarisch eine Vielzahl wohlthätiger Projekte zu Gunsten alter Menschen, Kinder und auch Tieren in aller Welt. Alle drei Jahre vergibt die Stiftung zudem den „Itzel-Preis“, der dieses Mal Pater Sebastian Obermaier zuerkannt wurde. 50.000 Euro kann er mit nach El Alto nehmen, einer Stadt, die in wenigen Jahren zur Großstadt explodiert ist. Die Bevölkerung leidet unter katastrophalen Bedingungen. Als der Geistliche vor 27 Jahren nach Bolivien kam, gab es in El Alto 75.000 Einwohner. Sie hatten kaum Wasserleitungen, keinen Strom, kein Telefon, kaum medizinische Versorgung; Kindergärten, Schulen, Spielplätze waren Wunschträume, die der Pfarrer mit viel Unterstützung aus seiner Rosenheimer Heimat verwirklichen konnte. Heute leben in der Stadt 800.000 Menschen. Pater Obermaier baute eine Pfarrei auf, zu der immer mehr Kindergärten, Schulen, Kirchen und Arztstationen zählten. Um die Basis für geordnete Wohnsiedlungen und einen Industriepark zu legen, bat Staatspräsident Banzer den Priester, einen Stadtentwicklungsplan aufzustellen. Gleichzeitig galt es, die Landflucht zu stoppen und das Leben auf dem Lande zu stärken. Ein eigener Fernsehkanal, ein Altenzentrum, 20 Jugendzentren, eine Universität, ein Familienhaus für Kinder aus extrem armen Familien, sowie ein Haus für misshandelte und vergewaltigte Kinder, öffentliche Gesundheitsvorsorge und vieles mehr leistet der Pater gemeinsam mit seinen Helfern. „Hilfe zur Selbsthilfe“ sei dieses Wirken, lobte Bayerns Landtagspräsident Alois Glück in einer sehr persönlichen Laudatio den ganzheitlichen Ansatz des Seelsorgers. Auf das Trefflichste hätten sich bei der Preisvergabe die Intentionen des Stifters und des Preisträgers zusammengefügt. Unser Bild zeigt (v. l.): Minister a. D. Hans Zehetmair, Landtagspräsident Alois Glück, Stiftungsvorstand Dr. Markus Rickerdt, Pater Obermaier, Fernsehmoderator Gerhard Schmitt-Thiel und Weihbischof Dr. Franz Dietl. **C**



Staatssekretär Hans Spitzner gemeinsam mit dem KPV-Vorsitzenden, Landrat Luitpold Braun. Foto: Mayr

Landesversammlung der KPV in Regensburg

Neuwahlen und Kommunal Finanzen stehen auf der Tagesordnung der Landesversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung, zu der der KPV-Landesvorsitzende, Landrat Luitpold Braun, am kommenden Samstag nach Regensburg einlädt. Mit den Kommunalpolitikern diskutiert Finanzstaatssekretär Franz Meyer. Sprechen wird auf der Veranstaltung auch der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger. **C**

Frage noch überhaupt nichts beschlossen. Das Thema sei vor allem aufgrund der unbefriedigenden Situation in Österreich in die Öffentlichkeit gedrungen. Dort habe es bereits vor 1999 u. a. aufgrund einer völlig unzureichenden EDV-Ausstattung Ärger mit den Zulassungsstellen gegeben, worauf man sich entschlossen habe, diese zu privatisieren. Freilich sei die Situation im Nachbarland nicht vergleichbar mit der Situation in Bayern, sagte Spitzner. Hierzulande gebe es außer in der Landeshauptstadt München, wo oftmals schon am Mittag die Öffnungszeiten endeten, keinen Grund zur Klage.

Hoheitlicher Bereich

Wartezeiten und Proteste in der Bevölkerung hätten in Österreich letztlich zur Forderung nach Privatisierung geführt, erklärte Spitzner. Da dort traditionell durch die Außenmitarbeiter der Versicherungen bereits die Fahrzeugzulassungen erledigt worden seien und diese schon die Leidtragenden des ganzen Ärgers waren, seien letzten Endes die Versicherungen bereit gewesen, auf eigene Kosten EDV-Entwicklung und -Pfleger sowie das Fahrzeugregister zu übernehmen. Dabei sei allerdings keine „Total-Privatisierung“ erfolgt, sondern der sog. hoheitliche Bereich bestehe weiterhin fort - d. h. neben den Versicherungen auch die öffentlichen Zulassungsbehörden. Diese seien für Zwangsmaßnahmen und Klä-

Gipfel mit Signalwirkung?

Stellungnahmen zum ersten Kommunalgipfel der Staatsregierung

Unterschiedliche Reaktionen hat der erste bayerische Kommunalgipfel, der künftig zu einer festen Einrichtung werden soll, hervorgerufen. Während die Bayern SPD nicht mit kritischen Worten sparte, meinte Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags: „Wir nehmen den Bayerischen Ministerpräsidenten beim Wort. Sollten die angesprochenen Themen Schutz der Kommunen vor Kostenübertragung durch Bundesgesetze, eine echte Gemeindefinanzreform und eine gerechte Kostenverteilung bei Hartz IV in nächster Zeit angegangen werden, so wären wir sehr zufrieden.“

In der Bayerischen Staatskanzlei besprachen Bayerns Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber und zahlreiche Kabinettsmit-

sammenhang mit Hartz IV standen die Verankerung eines Konnexitätsprinzips auf Bundesebene sowie die Neuregelung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden auf der Agenda.

Investitionen fördern

Daneben sprach Präsident Brandl die kommunalen Investitionen an, die in den vergangenen zehn Jahren von 4,3 Mrd. Euro auf 2,9 Mrd. Euro zurückgegangen sind. Er forderte, dass die kommunale Investitionsbereitschaft stärker gefördert wird. Breiten Raum nahm auch die Gemeindefinanzreform ein: Ministerpräsident Dr. Stoiber sagte zu, dass die Gewerbesteuer bleibt - es sei denn, es gibt für eine alternative Lösung Zustimmung der Kommunen.

100 Millionen Euro für G 8

Hoch schraubt der Bayerische Städtetag seine Forderungen an

die CSU-Regierung: Allein für die Ausstattung der achtjährigen Gymnasien mit einer Mittagsbetreuung schulde der Freistaat den Kommunen 100 Millionen Euro, betonte der Verbandschef, Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger. Städte und Landkreise drohen deshalb mit Klagen.

Schaidinger zeigte an Beispielen auf, durch welche Tricks der Freistaat sich um Kostenerstattung beim Ausbau der Schulen drücke. Am Käthe-Kollwitz-Gymnasium in München etwa sei der beantragte Ausbau in vollem Umfang anerkannt worden. Aber nur 42 Prozent statt der landesweit anvisierten 90 Prozent der Kosten würden er-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von Sabrina



In Zukunft wird es vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung nicht mehr darauf ankommen, Schulen und Kindergärten zu bauen, sondern Einrichtungen, die zumindest auch von Senioren benutzt werden können. Verstärkt wird sich die Politik mit dem Thema „Rückbau von Wohnungen“ befassen müssen. S. 15

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



OB Hans Schaidinger. **C**

glieder aktuelle kommunalpolitische Themen mit den Vertretern der kommunalen Spitzenverbände. Neben dem Problem einer gerechten Kostenverteilung zwischen den Kommunen im Zu-

Sie lesen in dieser Ausgabe

CSU setzt weiter auf Stoiber	Seite 2
Interkommunale Gerechtigkeit	2
GZ-Kolumne Luitpold Braun: Kommunen hoffen auf Bayerns Finanzminister	3
Ärgernis Umlagenfinanzierung	3
Gesamtwirtschaft: „Weises Gutachten“	4
Mehrwertsteuererhöhung fördert die Schwarzarbeit	4
GZ-Fachthema: Energieversorgung - Energiesparmaßnahmen	5 - 11
Risikomanagement bei kommunalen Unternehmen	12
Aus den bayerischen Kommunen	12 - 16

CSU setzt weiter auf Stoiber

Bewegte Aussprache in der Landtagsfraktion nach Rückzug aus Berlin
Regierungsstil soll sich ändern, Politik nicht

Nach dem Rückzug von Dr. Edmund Stoiber in sein Amt als bayerischer Ministerpräsident hat der aufgestaute Unmut über seine „Hoppla-Hopp-Politik“, so Fraktionschef Joachim Herrmann, zu einer fünfständigen, kritischen Diskussion mit dem Parteivorsitzenden in der CSU-Fraktion geführt. Wie beide danach der Presse mitteilten, wurde Stoibers Politik nicht in Frage gestellt, wohl aber werde die Zusammenarbeit mit den Abgeordneten intensiviert.

Wichtige Themen sollen vor der Entscheidung im Ministerrat oder in der Staatskanzlei mit der Fraktion abgestimmt werden. Der neue Stil soll auch im Verhältnis zu den Kommunen und zur Parteibasis geübt werden.

Teamorientierung

Herrmann zog das Fazit, die Fraktion habe sich mit Stoiber auf eine teamorientierte Führung geeinigt. Beide betonten, sachlich werde die Politik nicht geändert.

Wir gratulieren

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Herbert Ruppel
63879 Weibersbrunn
am 3.12.

Bürgermeister Alois Karl
92318 Neumarkt i. d. Opf.
am 22.11.

Bürgermeister Martin Zogel
90587 Seukendorf
am 23.11.

Bürgermeister Hubert Schmid
83373 Taching a. See
am 24.11.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Alfred Lantenschammer
84564 Schönberg
am 28.11.

Landtagspräsident Alois Glück, oberbayerischer CSU-Bezirksvorsitzender und Vorsitzender der Grundsatzkommission, hatte die Kritik am Verhalten des Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden im Vorfeld der Fraktionssitzung in die Worte gefasst, der Verzicht Stoibers auf das Ministeramt sei für die Mehrheit der Menschen schwer verständlich. Seine Begründung, er könne die Interessen der Partei besser in München vertreten, nannte Glück „nicht unproblematisch“. Man müsse darauf achten, dass Stoibers Entscheidung den bundespolitischen Einfluss der CSU nicht schwäche.

Der Ministerpräsident fügte hinzu, er sei sehr beeindruckt von der Kritikbereitschaft, aber auch von der Loyalität. Markus Sackmann, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, verglich die Aussprache mit einem reinigenden Gewitter.

Tags darauf stieß die Opposition im Plenum nach: „Stoibers Scherbenhaufen - Bayern braucht einen Neuanfang“ hatten die Grünen zum Thema einer Aktuellen Stunde gemacht. Fraktionsvorsitzende Margarete Bause konstatierte, Stoiber habe sich selbst demontiert. Sein Scherbenhaufen sei genauso der der CSU. Beispielhaft nannte Bause „die sinnlose Verwaltungsreform und das Chaos an den Schulen“. SPD-Fraktionsvorsitzender Franz Maget sagte, die jetzige Kritik der CSU-Fraktion am Stoibers Führungsstil hätte er sich schon viel früher gewünscht. Sein Hin und Her habe dem Ansehen Bayerns geschadet. Maget forderte einen Kurswechsel in Bayern.

Kommunen einbinden

Anstelle des zu Koalitionsverhandlungen in Berlin weilenden

te 3 dieser Ausgabe). Vor der Presse ergänzte er, auch der Ausgleich zwischen den Kommunen müsse intensiver angegangen werden.

Haushaltsausschussvorsitzender Manfred Ach begrüßte das gegenüber der GZ. Der Kommunalgipfel sei ein guter Einstieg. Auch die Abgeordneten müssten vor Ort in diesem Sinn noch aktiver werden. Er verwies außerdem auf die Verhandlungen zwischen Staatsregierung und kommunalen Spitzenverbänden über den Finanzausgleich im Rahmen des Nachtragssetz 2006, den der Landtag voraussichtlich im März verabschieden werde.

Kurswechsel

Ministerpräsidenten hielt Staatskanzleichef Erwin Huber dagegen: Der Opposition werde es nicht gelingen, einen Keil zwischen Staatsregierung und Fraktion zu treiben. Unter demonstrativem Beifall der CSU kündigte Huber an, „wir werden den erfolgreichen Weg konsequent, effektiv und bürgernah gemeinsam fortsetzen“. CSU-Fraktionsvize Dr. Otmar Bernhard verwies darauf, dass Stoiber Bayern seit seinem Amtsantritt 1993 zum erfolgreichsten Bundesland gemacht habe. Von Regierungskrise sei keine Rede. **rm**

Verfassungsrichter verbieten Zweitwohnungssteuer

Verheiratete müssen nicht länger zahlen

Für Ehepartner, die berufsbedingt an einem anderen Ort eine Zweitwohnung bewohnen, müssen hierfür keine Zweitwohnungssteuer entrichten. Dies entschied das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Die beiden Kläger hatten an ihren Beschäftigungsorten in Hannover und Dortmund jeweils eine Zweitwohnung gemietet, um von dort aus werktags ihren Arbeitsplatz zu erreichen.

An Wochenenden und freien Tagen wohnten sie in der gemeinsamen Wohnung an einem dritten Ort. Die von beiden Städten erhobene Zweitwohnungssteuer erklärte das Gericht nun für unzulässig, weil sie die Ehe diskriminiere. Das Meldegesetz zwingt zudem dazu, die Familienwohnung als Hauptwohnsitz zu unterhalten. (AZ: 1 BvR 1232/00 und 1 BvR 2627/03). **C**

Ministerpräsidenten hielt Staatskanzleichef Erwin Huber dagegen: Der Opposition werde es nicht gelingen, einen Keil zwischen Staatsregierung und Fraktion zu treiben. Unter demonstrativem Beifall der CSU kündigte Huber an, „wir werden den erfolgreichen Weg konsequent, effektiv und bürgernah gemeinsam fortsetzen“. CSU-Fraktionsvize Dr. Otmar Bernhard verwies darauf, dass Stoiber Bayern seit seinem Amtsantritt 1993 zum erfolgreichsten Bundesland gemacht habe. Von Regierungskrise sei keine Rede. **rm**

Ein Problem der Finanzausgleichsverhandlungen:

Interkommunale Gerechtigkeit

Mittel für Gemeinden mit Zweitwohnungsbesitzern werden schrittweise abgeschafft

Das Ärgernis, dass eine Reihe von Gemeinden im Rahmen des Finanzausgleichs zusätzliche Mittel für nur noch auf dem Papier existierende Zweitwohnungsbesitzer erhält, soll ab dem Nachtragssetz 2006 ausgeräumt werden. In diesem Sinn hat Finanzstaatssekretär Franz Meyer im Landtag eine mündliche Anfrage der stellvertretenden Vorsitzenden des Kommunalausschusses, Helga Schmitt-Bussinger (SPD), beantwortet. Die entscheidenden Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden über den Finanzausgleich sind für Januar vorgesehen.

Meyer verwies darauf, dass die Zahl der Personen mit Nebenwohnsitz nach der Volkszählung von 1987 berechnet wird. In der Realität gebe es davon heute bis zu 40 Prozent Abweichungen. Je mehr eine Kommune für nicht mehr existierende Zweitwohnungsbesitzer bekommt, um so weniger erhalten die übrigen. Aus diesem unbefriedigenden Befund müssten Folgerungen gezogen werden. Die Staatsregierung hat laut Meyer vorgeschlagen, die Berücksichtigung von Personen mit Nebenwohnsitz bei den Schlüsselzuweisungen schrittweise abzuschaffen; insbesondere im Interesse der Fremdenverkehrsorte und einiger Hochschulstädte.

Die Nebenwohnsitze sollen nach den Vorstellungen der Staatsregierung im ersten Jahr noch mit 75 %, im zweiten Jahr mit 50 % und im dritten mit 25 % bei den Gemeindegeldzuweisungen angesetzt werden und erst im vierten Jahr vollständig entfallen.

Es gehe nicht um Einsparungen durch den Staat, sondern um „ein Problem der interkommunalen Gerechtigkeit“, betonte Meyer. Der Ausgleich „hat keinerlei Einfluss auf den Schlüs-

selzuweisungstopf“. In den Verhandlungen würden mögliche Alternativen sorgfältig und „ergebnisoffen“ gegeneinander abgewogen.

Enger Schulterschluss mit der Staatsregierung

Auf Nachfrage der GZ versicherte der Staatssekretär, die Einnahmen aus der Zweitwohnungssteuer würden bewusst nicht in die Steuerkraft der Gemeinden eingerechnet. Diese Einnahmen blieben im Finanzausgleich „völlig außen vor“, also zu 100 % in den Gemeinkassen. Meyer bekräftigte, das Problem mit den Zweitwohnsitzen werde im engen Schulterschluss der Staatsregierung nicht nur mit den Gemeinden, sondern auch mit dem Kommunalausschuss des Landtags angegangen.

Im Rahmen der Verbandsanhörung haben laut Meyer bislang erst Gemeinde- und Städtetag der Staatsregierung geantwortet, zwar ihr Verständnis für eine Neuregelung bekundet, aber auch Bedenken hinsichtlich der negativen Auswirkungen auf einzelne Kommunen geäußert. Hier bestehe noch erheblicher Diskussionsbedarf. **rm**

4. Bayerischer Nahverkehrskongress 2006

23. März 2006 in München



Gewinnen Sie den Bayerischen ÖPNV-Preis 2006!

Bayerns Öffentlicher Personennahverkehr hat weiter an Attraktivität gewonnen, sowohl durch die Weiterentwicklung erfolgreicher Angebote wie **BAYERN-TAKT**, **BAYERN-TICKET** und **BAYERN-FAHRPLAN** als auch durch eine Vielzahl von Maßnahmen, die den Reisekomfort spürbar verbessert haben. Damit dieser Komfort bereits am Bahnhof beginnt, müssen Kommunen und Verkehrsunternehmen „Hand in Hand“ die Stationen zu Aushängeschildern gestalten – für den Ort ebenso wie für das Verkehrsmittel Bahn.

Sie haben als Kommune für „Ihren“ Bahnhof ein Gesamtkonzept realisiert, das dieser Funktion in vorbildlicher Weise gerecht wird? Oder als privater Investor wesentlich zur Entwicklung eines Bahnhofs zu einem lebendigen Zentrum des Öffentlichen Verkehrs beigetragen? Dann bewerben Sie sich um den **BAYERISCHEN ÖPNV-PREIS 2006!** Die Bewerbungs- bzw. Empfehlungsfrist endet am 15. Februar 2006. Teilnahmeunterlagen erhalten Sie im Internet unter www.bayern-takt.de/Nahverkehrspreis.

Der **4. BAYERISCHE NAHVERKEHRSKONGRESS**, bei dem Bayerns Verkehrsminister Dr. Otto Wiesheu den ÖPNV-Preis verleihen wird, findet am 23. März 2006 in München statt. Namhafte Experten werden sich in Vorträgen, Diskussionen und Workshops unter dem Motto „10 Jahre BEG – 10 Jahre Fortschritt für Bayerns Nahverkehr“ mit aktuellen Themen aus allen Bereichen des ÖPNV auseinandersetzen. Zu dem Kongress wird gesondert eingeladen.

Ärgernis Umlagenfinanzierung

Von Dr. Georg Simmacher, Altlandrat und Altbezirkstagspräsident

Auf eine Eingabe erwiderte der Bayerische Ministerpräsident vor kurzem, die Bezirke seien derzeit als dritte kommunale Ebene und bayerische Besonderheit deswegen in einer Krise und als Institution in der Diskussion, weil sie innerhalb der kommunalen Familie die Bezirksumlagen erhöhten und nicht endende finanzielle Forderungen an den Staat erhöhen. Welche Verfallung von Ursache und Wirkung!

Die Bezirke haben nach dem Finanzausgleichsgesetz - abgesehen von der Kostendeckung ihrer hauptsächlich medizinischen Einrichtungen - nur die rechtliche Möglichkeit, ihre Aufgaben über die Bezirksumlage zu finanzieren, die sie von den kreisfreien Städten und Landkreisen erheben. Die ausschließlichen Ursachen für die Bezirksumlagenenerhöhungen liegen in dem starken Abfall der Bezirksumlagekraft durch den Rückgang der gemeindlichen Steuern bei gleichzeitigem jährlich 5 bis 10-prozentigen Anstieg der pflichtigen Sozialhilfeausgaben für die Hilfe zur Pflege und zur Eingliederung Behinderteter.

Auftrag des Grundgesetzes

Die Steigerungen werden hauptsächlich durch die allgemeine demografische und medizinische Fortschrittsentwicklung, aber auch durch neue bundesrechtliche Leistungen ausgelöst. Ein großer menschlicher Segen, darf aber nicht zu einer einseitigen Belastung der Kommunalfinanzen werden! Der Auftrag unseres Grundgesetzes, die menschliche Personenwürde auch im krankheitsanfälligen Alter zu wahren, wurde viel zu einseitig zur Kommunalaufgabe.

Die derzeit erhobenen Bezirksumlagen haben trotz strenger rechtsaufsichtlicher Prüfung der jährlichen Bezirkshaushalte die zumutbare Höhe längst überschritten. Die Entwicklung die-

die hauptsächlich betroffenen Bezirke, die Ausfallbürgerschaft des Freistaats anstelle des Bundes einfordern. Das jährliche Fördern der Bezirke um einen angemessenen Ausgleich aus Staatsmitteln ist nicht eigensichtig und lästig, sondern beruht auf der Grundlage des in diesem Punkte reformbedürftigen Grundgesetzes. Es handelt sich um eine rechtlich adäquate Einforderung bundesrechtlicher Leistungen vom Bürgern Freistaat Bayern aufgrund fehlender Anspruchsmöglichkeiten gegen den Bund.

Für den bayerischen kommunalen Finanzausgleich bleiben eigenständige Landesüberlegungen zur Umgestaltung. Die Notwendigkeit der Kreise und Bezirke, ihren überörtlichen Ausgleich durch Umlagen zu finanzieren wird in gewissem Umfang immer bleiben, doch das Übermaßpotential muss reduziert werden. Die Landkreise und vor allem die Bezirke brauchen eigene Einnahmen aus dem Staatsausgleich, um das unüberhörbare Konfliktpotential zwischen den drei kommunalen Ebenen zu befrieden. Die bisherigen langen Bemühungen der Bezirke, eigene Einnahmen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs zu erhalten, sind bisher gescheitert.

Konfliktpotenzial

Muss die jetzige Lösung bleiben, den Gemeinden nicht unbeachtliche Schlüsselzuweisungen

Mrd. Euro Umlage. Davon kommen 12,66 % aus dem Rückgriff auf die ursprünglichen Schlüsselzuweisungen des Freistaats an die Gemeinden. Unterstellt, dass mindestens der gleiche Anteil für die Kreisumlage abgegeben werden muss, bedeutet dies, dass mehr als ein Viertel der vom Staat gewährten gemeindlichen Schlüsselzuweisungen bei den Gemeinden nur ein Jahr zwischengelagert wird, um sie dann wieder an Kreis und Bezirk weiterzugeben. Viel einfacher und weniger konfliktbeladen wäre, wenn von vorneherein aus dem kommunalen Finanzausgleich die Direktabführung an die Bezirke und Landkreise erfolgte. Der später enttäuschte Vorwegjubil für die Staatsleistung tut im Nachhinein besonders weh.

Die jetzige Diskussion um die Aufgabenverteilung zwischen den Bezirken als überörtlichen und kreisfreien Städten und Landkreisen als örtlichen Trägern der Sozialhilfe in Bayern bedarf vor allem einer besonders sorgfältigen Berechnung. Die Bezirksumlage hatte bisher eine wichtige Ausgleichsfunktion zwischen den höchst ungleichen Belastungen auf der Ebene der jeweiligen Gebietskörperschaften für die Pflege- und Behindertenhilfe.

Überörtliche Zuständigkeit

Durch den Wegfall des Ausgleichseffekts der Bezirksumlage müssten schwierige neue Ausgleichsfaktoren gefunden werden. Die Städte und vor allem das sie umgebende Landkreisgebiet wären nicht mehr auf gleichem Ausgleichsniveau. Derzeit profitieren die bayerischen Großstädte vom Ausgleich über die Bezirksumlage. Bekanntlich sind die einwohnerbezogenen Sozialbelastungen in den Städten höher als auf dem Land. Ländliches Geld fließt über die Umlage in die Ballungszentren. Aber auch zwischen den Landkreisen würde in der Konsequenz ein völlig neuer Sozialhilfeausgleich erforderlich, der wegen des Wegfalls des Ausgleichsfaktors Bezirk ungleich schwieriger würde als zwischen den Bezirken. Vor allem die Behinderteneinrichtungen, aber auch die Pflegeangebote, sind in der Fläche nicht gleichmäßig verteilt. Mindestens die Landkreise mit bayernzentralen sozialen Einrichtungen würden restlos überfordert. Deswegen ist das Prinzip der überörtlichen Zuständigkeit mit den Bezirken als Trägern mit großem Abstand gerechter. Eine einzige höhere Ebene der Leistungsverpflichtungen ist wertvoller, als streitbefangene Dezen-

Erstmals ein Stillstand

„Noch keine blühenden Wiesen, aber immerhin erstmals ein Stillstand des Steuerverfalls. Es hätte schlimmer kommen können“, kommentierte Finanzminister Kurt Faltlhauser die Ergebnisse der November-Steuerschätzung in München.

Für dieses Jahr hat der Arbeitskreis bundesweiter Steuereinnahmen von rund 447,9 Milliarden Euro prognostiziert. Im Vergleich zur letzten Steuerschätzung vom Mai 2005 ergeben sich für die Jahre 2005 bzw. 2006 Schätzabweichungen nach oben von rund 2,9 bzw. rund 0,9 Milliarden Euro; davon entfallen auf die Kommunen rund 1,8 Milliarden Euro bzw. 1,4 Milliarden Euro. Damit werden sich für die Kommunen in beiden Jahren deutliche Steuerzuwächse ergeben.

Ausgeglichener Haushalt

Für Bayern bedeutet das: Für das Jahr 2005 fehlen - verglichen mit dem im Haushalt angesetzten Steuereinnahmen - 160 Millionen Euro. Für das Jahr 2006 belaufen sich die Steuermindereinnahmen

auf etwa 900 Millionen Euro; geringfügigen Verbesserungen bei den Steuereinnahmen gegenüber der Mai-Steuerschätzung stehen höhere Zahlungen im Länderfinanzausgleich gegenüber.

„Jetzt sind zunächst die finanziellen Auswirkungen der Koalitionsverhandlungen in Berlin für den Bund und die Länder abzuwarten und dann zu prüfen. Erst wenn alle diese Informationen vorliegen, können Entscheidungen zum Haushalt 2006 getroffen werden“, erklärte Faltlhauser und ergänzte: „Wir halten am ausgeglichenen Haushalt 2006 fest, und wir halten fest am Dreiklang aus Sparen, Reformieren und Investieren. Vielleicht trägt die große Koalition in Berlin ja dazu bei, dass sich auch die bayerische SPD von diesem Grundsatz überzeugen lässt.“ C

GZ Kolumne Luitpold Braun

Diebe besser

Das Zutrauen der bayerischen Kommunen zu der zwischenzeitlich abgewählten rot-grünen Bundesregierung war ja nie besonders groß. Dies zeigte sich auch, als es darum ging, die möglichen Folgen von Hartz IV abzuklären.

Es sollte ja deutschlandweit für die Kommunen eine Entlastung von zweieinhalb Milliarden Euro erzielt werden. Dass dieses hochgesteckte Ziel erreicht werden



? ca a i byb \cZzb U Z 6Umfbg: |bUbra |b|gM

könnte, glaubte ohnehin kaum jemand. Jetzt ist es wohl amtlich: Mit Ausnahme der großen Städte und der Bezirke sind die Träger der „Job-Center“, die optierenden Kommunen und die Landkreise, die getrennt fahren, auf der Verliererseite!

Die Hochrechnungen, die im Frühjahr erstellt worden sind, zeigen, dass bei mindestens 63 Landkreisen Fehlbeträge entstehen werden. Da diese mit den zu erwartenden Einnahmen nicht geschultert werden können, muss dafür ein Ausgleich geschaffen werden. Die notwendigen Verhandlungen dazu laufen

bereits. Erst die vorsichtigen Absichtserklärungen aus dem Finanzministerium in München lassen erkennen, dass der Freistaat Bayern die Brisanz der Angelegenheit für die belasteten Landkreise erkannt hat. Es ist wohl damit zu rechnen, dass für die Finanzausgleichsverhandlungen ein Vorschlag des Finanzministers kommen wird. Damit können wir wieder Hoffnung schöpfen.

Ein Sitzenbleiben der Landkreise auf den bisher aufgelaufenen Defiziten ist völlig undenkbar. Durch die Belastungen im Bereich der Jugendhilfe und die steigenden Bezirksumlagen der vergangenen Jahre sind den Kommunen weitere Ausgabensteigerungen nicht mehr möglich. Nachmalige Kreisumlagenenerhöhungen würden die kreisangehörigen Gemeinden an den Rand des finanziellen Abgrundes bringen.

Deshalb richten sich unsere Hoffnungen, wie so oft auch in der Vergangenheit, auf den bayerischen Finanzminister.

Dabei gibt es keinen Zweifel: Prof. Dr. Faltlhauser kennt unsere Probleme.

Heinrich Gellert

Anzeigen in der



Ihre Ansprechpartnerin: Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

ser Belastungen hat ihr Ende noch nicht erreicht. Die Demografie lässt die kommunalen Steigerungen dramatisch vorausberechnen.

2,12 Mrd. Euro Umlage

Es handelt sich um keine Kleinigkeit. Die Bezirke müssen heuer zur Erfüllung ihrer bundesgesetzlichen Pflichtaufgaben rund 2,12 Milliarden Euro Umlage von den Landkreisen und kreisfreien Städten erheben, eine ungeheure Summe. Das sind 64 % der Gesamteinnahmen der Bezirke von 4,47 Milliarden. Rund die Hälfte der Kreisumlagen beruht übrigens auf den Bezirksumlagen. Diese Entwicklung muss zu innerkommunalen Streitigkeiten führen, zumal auf der Gemeindeebene die Doppelursächlichkeit von Kreis- und Bezirksausgaben nicht mehr transparent ist.

Die Ausgabenverpflichtungen der Bezirke sind bundesrechtlich bedingt. Die Kommunen brauchen, wie Ministerpräsident Edmund Stoiber beim jüngsten Kommunalgipfel richtig ausführte, „auch auf Bundesebene einen wirksamen Schutz vor finanziellen Belastungen, die sie nicht selbst verursacht haben“. Solange dieser nicht durch ein Konnexitätsprinzip im Grundgesetz verankert ist müssen alle Kommunen, an der Spitzseite

trale Zuständigkeiten in Ungleichheit.

Größere Sparwirkung

Aus ökonomisch-wirtschaftlicher Sicht müssen auch die letztlich zahlungspflichtigen kreisangehörigen Gemeinden beachten, was für ihre Umlagenhöhe günstiger ist. Die materiellen Sozialhilfeleistungen an die Pflege- und Hilfsbedürftigen sind wegen der aus dem Bundesrecht veranlassenen Leistungspflicht identisch, gleichgültig, ob der örtliche oder überörtliche Sozialhilfeträger Leistungsträger ist. Auf welcher Ebene aber der verwaltungsmäßige Vollzug kostengünstiger ist, wird für die Gemeinden umlagerrelevant. Die bisherigen Erkenntnisse der Verwaltungswissenschaft ergaben den Effekt, dass die bessere Spezialisierung mit größerem Einzugsbereich billiger ist. Dies spricht für die Bezirke. Die Sparwirkung für die Höhe der Umlagen ist bei ihnen größer.

Regionalkreise

Sollten die Bezirke als Leistungsträger entfallen, könnten auf die Landkreise auch neue schwierige Fragen hinsichtlich ihrer Existenz zukommen. Die jetzigen Landkreise Bayerns sind mit ihrer Größenordnung von den Bürgern akzeptiert. Die Kreise sind für ihre jetzigen Aufgaben absolut leistungsfähig. Würde den Landkreisen eine größere Sozialhilfefestzuständigkeit übertragen, könnte leicht die jetzige bayerische Landkreisgröße überfordert sein und es deswegen zu den schon zu Beginn der 70er Jahre geforderten Regionalkreisen an ihrer Stelle kommen.

Eine neue Landkreisreform kann niemand wollen. Die Bürger sind mit dem derzeitigen kommunalen Gebietsstand zufrieden. Die heutige kommunale Gliederung mit den seit 175 Jahren bestehenden bayerischen Bezirken garantiert Bayerns Zukunft.

Verfassungsverpflichtung

Dennoch bleibt die Hauptfrage, wie alle drei kommunalen Ebenen aus der jetzigen Finanzkrise geführt werden können, um den kommunalen Frieden wieder herzustellen. Bayern ist nach seiner Verfassung auch ein Sozialstaat. Nach dem neuen Artikel 118 a der Bayerischen Verfas-

sung setzt sich Bayern gegen jede Benachteiligung der Behinderten ein. Dies ist mehr als ein Programmatz. Den bayerischen Sozialstaat gewährleisten Staat und Kommunen gemeinsam.

Wenn heuer der Staat für den enormen Sozialhilfeaufwand der Bezirke einen Sozialhilfeausgleich von 540 Millionen Euro einsetzt, dann ist dies dennoch ein unangemessener Anteil des Freistaates gegenüber der Gesamtverpflichtung der Bezirke von 2,2 Milliarden, denn von den 540 Millionen Euro sind nur 325,9 Millionen rein staatliche Mittel. Trotz der Anhebung der Staatsmittel sind 44 Millionen Euro als Einnahmehinweis auf die gesunkenen Umlagekraft auszugleichen. Die gemeinsame gleichrangige Verpflichtung von Bezirken und Freistaat für die Behinderten, Kranken und Pflegebedürftigen stehen im Finanzaufwand in einem absoluten Missverhältnis zueinander.

Nicht im Ermessen jährlicher Verhandlungen

Dies belegt, dass die jährliche Höhe des staatlichen Sozialhilfeausgleichs nicht im Ermessen jährlicher Verhandlungen - ohne Maßstabvorgabe! - liegen darf. Es bedarf der jährlichen neutralen Ermittlung der Ausgabensteigerungen und einer von vornherein festgelegten Beteiligungsquote des Staates an den Sozialhilfe-Bezirksaufgaben auf der Grundlage der gemeinsamen (nicht bloß anteiligen) Trägerschaft des bayerischen Sozialstaates, wie es auch bei der Verbundquote des kommunalen Finanzausgleichs der Fall ist.

Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat in den letzten Jahren mehrfach ausgeführt, dass der Staat verpflichtet sei, auf der Grundlage der bayerischen Verfassung das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen zu gewährleisten und im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten den innerstaatlichen Finanzausgleich so zu gestalten, dass die Kommunen und damit auch die Bezirke ihre Aufgaben selbstverantwortlich erfüllen können, ohne die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinden, auf welche die Bezirksumlage durchschlägt, zu zerstören. Es besteht ein dringender Verdacht, dass die jetzige Ermessensregelung für den staatlichen Sozialhilfeausgleich an die Bezirke

mit der Bayerischen Verfassung und dem Grundgesetz unvereinbar ist, weil es am rechtsstaatlichen Maßstab fehlt und weil die kommunale Selbstverwaltung der Bezirke - gleichzeitig auch der Landkreise und Gemeinden - gefährdet ist und der Freistaat Bayern seiner Ausgleichspflicht für die kommunalen Aufgaben insgesamt nicht in hinreichendem Umfang nachkommt.

Gutachtergremium

Ich rege deswegen mit Nachdruck an, ein neutrales Gutachtergremium als Voraussetzung für einen kommunalen Finanzausgleich zu bestellen, das die Aufgabengewichtung zwischen Staat und Kommunen in die gleiche Waagschale legt, so dass im Interesse des kommunalen Friedens vor allem wegen der Pflichtaufgaben der Kommunen, insbesondere der Bezirke als überörtlichen Sozialhilfeträgern allen kommunalen Ebenen, eine genügende Finanzausstattung zugemessen wird. Dieses neutrale Aufgaben- und Finanzausstattungsgremium sollte entscheidend zur Neutralisierung des staatlich-kommunalen Streitvolumens und der Neuverteilung der Finanzausstattung zwischen den Kommunen und Land beitragen. Dem Gremium sollte der Bayerische Rechnungshof, der Kommunale Prüfungsverband, Vertreter der vier kommunalen Spitzenverbände in Bayern sowie des Freistaates Bayern angehören.

Die Gutachter müssten die Pflichtaufgaben der kommunalen Ebenen besonders gewichten, und für den kommunalen Ausgabenbereich, insbesondere die überörtlichen Sozialhilfeausgaben Sparreize aufzeigen. Angesichts der bereits erreichten Höhe der Bezirksumlagen in Bayern wird sich von selbst ergeben, dass die den Bezirken auferlegten Sozialbelastungen im Mittelpunkt der Untersuchungen stehen, was schon deshalb neue Vorschläge für die Gestaltung des Finanzausgleichs in Bayern erwarten lässt.

Eine kommunalfreundliche Staatspolitik muss auf dem Prinzip der ausgewogenen Finanzgerechtigkeit beruhen. Es ist höchste und zugleich beste Zeit neue, ausgewogene Zukunftsschritte einzuleiten. Europas Visionen und Aufträge lassen sich nur mit gesunden Kommunen aller drei bayerischen Ebenen erfüllen. C

Reiseland Bayern:

Günstling der Urlauber

Jahrespressekonferenz in München - Aktuelle Zahlen von Wirtschaftsminister Wiesheu

Bayern bleibt in der Gunst der Urlauber ganz oben auf der Hitliste. In den ersten neun Monaten dieses Jahres kamen mit über 18 Millionen Besuchern noch einmal gut vier Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum, berichtete Wirtschaftsminister Otto Wiesheu vor der Presse in München. Die Zahl der Übernachtungen stieg leicht um gut ein Prozent auf knapp 56 Millionen. Spitzenreiter ist mit fast acht Millionen Touristen weiterhin Oberbayern.

Spitzenreiter bei den Gästekünften ist Oberbayern mit plus 6,8 % auf 7,9 Mio. Gästen, gefolgt von Schwaben (plus 3,7 %, 2,5 Mio. Gäste) und Mittelfranken (plus 3 %, 2,1 Mio. Gäste). In Unterfranken kletterte die Zahl der Gästekünfte um plus 2,3 % auf rund 1,6 Mio. und in Niederbayern um plus 1,9 % auf rund 1,9 Mio. Oberfranken wiederum steigerte die Gästekünfte um 0,9 % auf rund 1,2 Mio. und die Oberpfalz erzielte plus 0,5 % mit rund 1,1 Mio. Gästekünften.

Städtetourismus

Der Städtetourismus profitierte Wiesheu zufolge überdurchschnittlich: So weist München

bei den Ankünften ein Plus von 10,3 % auf (Übernachtungen: plus 9 %), Bamberg einen Zuwachs von 16,6 % (20,1 %) und Landslut gar einen Anstieg von 20,2 % (9,5 %).

Gästepius aus dem Ausland

Wie Wiesheu betonte, sei der Hauptmotor der positiven Tourismusentwicklung in Bayern das Ausland mit einem Gästepius von 6,6 % und einem Übernachtungszuwachs von 5,8 %. Ein wichtiges Potenzial bietet dabei zunehmend Osteuropa. Allein die Übernachtungen russischer Besucher stiegen in den ersten neun Monaten um gut acht Prozent auf 153.000. Auch aus Polen und Tschechien kamen

immer mehr Touristen. Auch die Inlandsnachfrage habe sich in den ersten neun Monaten des Jahres 2005 positiv entwickelt, mit einem Gästepius von 3,6 % bei den Ankünften und 0,7 % bei den Übernachtungen. Dies sei auch auf die „entzerrte Sommerferienregelung 2005“ zurückzuführen.

Wichtiger Wirtschaftsfaktor

„Der Tourismus ist und bleibt ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, eine Leitökonomie und eine Zukunftsbranche mit großen Wachstumspotenzialen“, erläuterte der Minister. Die Fußball-WM 2006 sei eine Plattform, um den Wirtschafts- und Tourismusstandort Bayern verstärkt ins Rampenlicht zu stellen: „Ich hoffe, dass es uns gelingt, möglichst viele der an der WM teilnehmenden Mannschaften von einer Quartiernahme in Bayern zu überzeugen.“

Ungebremsst ist weiterhin der Zuwachs beim Urlaub auf dem Bauernhof. Die 7200 Urlaubshöfe erzielten 2004 mit mehr als zehn Millionen Übernachtungen ein Spitzenenergebnis. Damit entfällt jede zehnte Übernachtung auf einen Bauernhof, bemerkte Wiesheu. In diesem Jahr dürfte die Zahl noch einmal gestiegen sein. Die Campingbranche erzielte hingegen wegen des verregneten Sommers nur ein durchschnittliches Ergebnis. Nach einer schwierigen Zeit erzielten die bayerischen Heilbäder und Kuror-

te dagegen wieder Zuwächse.

Sorge um Gastronomie

Um die Hotellerie sei es ihm nicht bange, wohl aber um die Gastronomie, sagte der Präsident des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes, Ludwig Hagn. Gerade dem mittleren Segment drohe hier das Aus. Schuld daran seien nicht nur die schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, sondern auch die „Schwarzgastronomie“.

Auch werde der Gastronomie die von der großen Koalition beschlossene Mehrwertsteuererhebung auf 19 Prozent einen herben Schlag versetzen.

Laut Wiesheu sind sich die Experten einig, dass die Tourismusbranche trotz geändertem Verbraucherverhalten und veränderten Marktstrukturen langfristig weiter wachsen wird. Die Stimmung im Reisemarkt sei positiv. Der Trend zu Kurz- und Städtereisen halte an. Reisen würden immer später gebucht und das Verbraucherverhalten werde insgesamt kurzfristiger und flexibler.

Interesse an Nahzielen

Als innerdeutsches Reiseziel bleibe Bayern vorn und profitiere vom gestiegenen Interesse an Nahzielen sowie Natur-, Aktiv- und Sporturlaub. Insbesondere Wandern, Radeln und Golfen lägen künftig im Trend. Berg- und Alpentourismus erleben eine Renaissance. Aber auch weltweit sei der Freistaat mit Kultur-, Event-, Städtereisemotiv und Landschaftserlebnis in Verbindung mit dem Megatrend „Gesundheit und Wellness“ sowie als führendes Messe-, Kongress- und Tagungsland up to date. **DK**

Beckstein bei Kongress der Stadt-Kulturen:

Suburbanisierungseffekte bedrohen Funktionsfähigkeit der Innenstädte

Strukturwandel als Chance begreifen und nutzen

„In den vergangenen Jahrzehnten sind viele Bewohner aus den Innenstädten in die Vororte und aufs Land abgewandert. Dieser Suburbanisierungsprozess hat nach dem Wohnen längst auch andere Nutzungsarten erfasst. Großflächige Handelsbetriebe, das produzierende Gewerbe und inzwischen auch Dienstleistungsunternehmen und Freizeiteinrichtungen kehren den Innenstädten den Rücken. Diese Entwicklung bedroht die Funktionsfähigkeit der Innenstädte als Zentrum des urbanen Lebens massiv“, betonte Innenminister Dr. Günther Beckstein beim Kongress der Stadt-Kulturen der Stiftung „Lebendige Stadt“ in der Allianz Arena in München.

Beckstein machte deutlich, dass diese Entwicklung die betroffenen Städte vor große Herausforderungen stellt und rief dazu auf, diesen Strukturwandel als Chance für die Stadtentwicklung zu nutzen: „Durch die Ansiedlung von neuen, zukunftsorientierten Arbeitsplätzen, die Ergänzung fehlender Vorsorgeeinrichtungen und verstärktes Angebot an familiengerechtem Wohnraum sowie die Verbesserung des Grün- und Freizeitangebots kann es gelingen, die Innenstädte zu revitalisieren und dauerhaft attraktiv zu halten.“

Beckstein machte deutlich, dass vor allem der demographische Wandel Risiko und Chance für die Stadtentwicklung zugleich in sich birgt. Bis zum Jahr 2050 wird nach den Prognosen die Zahl der unter 20-jährigen um fast ein Drittel zurückgehen, während die Zahl der über 60-jährigen um fast 40 Prozent zunehmen wird. „Ältere Menschen haben andere Bedürfnisse als junge. Das beginnt bei einem altersgerechten Wohnangebot, setzt sich fort in einer altersgerechten öffentlichen Versorgung und Verkehrsinfrastruktur und endet in altersgerechten Freizeit- und Sportangeboten. Gerade hier liegt die Chance der Innenstädte. Sie können das bieten, was im Alter immer wichtiger wird: Ein dichtes ÖPNV-Netz und die wohnungsnah Bereitstellung aller wichtigen Versorgungseinrichtungen.“ Gleichzeitig dürfen aber, wie Beckstein hervorhob, schon aus familienpolitischen Gründen die Belange der Jüngeren keineswegs vernachlässigt werden. **C**

Bayerisches Handwerk zu den Koalitionsvereinbarungen:

Mehrwertsteuererhöhung fördert die Schwarzarbeit

Der Bayerische Handwerkstag begrüßt grundsätzlich den Abschluss des Koalitionsvertrages zwischen CDU, CSU und SPD. Damit seien die Voraussetzungen geschaffen, dass sich in Deutschland wieder eine handlungsfähige Bundesregierung der Probleme am Standort annehmen könne, so der Präsident des Bayerischen Handwerkstages (BHT) Heinrich Traublinger, MdL.

„Die Koalitionspartner haben sich auf Maßnahmen geeinigt, die teilweise ganz im Sinne des Handwerks sind, teilweise aber doch deutlich hinter den Erfordernissen zurückbleiben“, bekräftigt Traublinger. Bei weitem noch nicht alles passe in die Strategie Sanieren, Reformieren und Investieren.

Entfesselung von Mittelstand und Handwerk

Die neue Bundesregierung hat aus Sicht des Handwerks die Aufgabe, den Wirtschaftsstandort Deutschland aus der Krise zu führen. Traublinger: „Priorität muss dabei die Entfesselung von Mittelstand und Handwerk haben, denn hier können primär die dringenden benötigten Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen werden.“ Vorrang für Arbeit verlange Vorrang für eine mittelstandsorientierte Wirtschaftspolitik.

Positiv sieht das Handwerk unter diesen Maßgaben die vorgesehene Mittelstandsinitiative mit verbesserten Abschreibungsbedingungen und einer mittelstandsfreundlichen Umsetzung von Basel II. Das Gleiche gilt für Überlegungen, bei den zulassungsfrei gewordenen Handwerksberufen wieder eine Mindestqualifikation einzuführen. Mit dem stufenweisen Entfall der Erbschaftsteuerschuld bei Betriebsübergaben wird eine seit langem erhobene Forderung des Handwerks aufgegriffen. Mit der Verdoppelung der Umsatzgrenze für die Ist-Besteuerung bei der Umsatzsteuer gehen die Koalitionspartner zwar in die richtige Richtung, bleiben aber deutlich hinter den Notwendigkeiten zurück. Nötig wäre eine Anhebung der Umsatzgrenze auf 1 Million Euro. Begrüßenswert aus Sicht des Handwerks ist das Vorhaben, private Aufwendungen für Erhaltungs- und Moder-

nisierungsmaßnahmen stärker als bislang steuerlich zu fördern sowie ein Gebäudesanierungsprogramm aufzulegen. Dies kommt vor allem der seit Jahren gebeutelten Bauwirtschaft zugute. Allerdings werde die gute Absicht durch die Streichung der Eigenheimzulage völlig konterkariert, betont der BHT-Präsident.

Traublinger befürchtet durch die Anhebung der Mehrwertsteuer zu Jahresbeginn 2007 auf 19 Prozent und des Rentenversicherungsbeitrages auf 19,9 Prozent einen deutlichen Anstieg der Schwarzarbeit. Damit werde die legale Handwerksleistung erheblich verteuert. Die angekündigte Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung vermöge daran nichts zu ändern. „Damit droht die Binnenkonjunktur, die allmählich anspringen könnte, sofort wieder abgewürgt zu werden“, so der BHT-Präsident.

Small-Company-Acts

Das Thema Senkung der Lohnzusatzkosten müsse deutlich entschiedener angegangen werden. Gerade Wirtschaftsbereiche wie das Handwerk, die noch am ehesten zusätzliche Arbeitsplätze schaffen könnten, würden davon besonders betroffen. Für sie blieben auch die vereinbarten arbeitsrechtlichen Maßnahmen deutlich hinter den Erfordernissen zurück. Dem positiven Ansatz, für den Kündigungsschutz eine Wartezeit von bis zu 24 Monaten zu vereinbaren, stehe als Negativposten die Streichung von Befristungsmöglichkeiten gegenüber. Hier wäre es nach Einschätzung des BHT-Präsidenten empfehlenswert, mehr Elemente des von der bayerischen Henzler-Kommission entwickelten Small-Company-Acts zu übernehmen. **C**

„Weises Gutachten“

Wiesheu zum Jahresgutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage

„Die Botschaft des Sachverständigenrates lautet einmal mehr: Ein breiter Konjunkturaufschwung in Deutschland ist weiterhin nicht in Sicht. Mit der prognostizierten Rate von 1,0 Prozent bleibt das Wachstum auch 2006 verhalten, von der Binnennachfrage werden erneut kaum Impulse ausgehen, die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze droht weiter abzubrockeln. An einer Neuausrichtung der Bundespolitik zur Stärkung von Beschäftigung und Wachstum führt deshalb kein Weg vorbei“, fasste Bayerns Wirtschaftsminister Otto Wiesheu das jüngst veröffentlichte Jahresgutachten des Sachverständigenrats zusammen.

Arbeitsanreize stärken

„Richtungswesend sind vor allem die Vorschläge der Wirtschaftsweisen zur Arbeitsmarktreform. Die Arbeitsanreize für Hilfeempfänger müssen weiter gestärkt werden. Die Bereitschaft der Unternehmen, Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich zu schaffen, muss wachsen“, so der Minister weiter. „Bei allen Konsolidierungszwängen dürfen gezielte Impulse zur Stärkung der Investitions- und Innovationsfähigkeit nicht unter die Räder geraten.“

Privatisierung und ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Stichwort Kommunalwahlen: Wie Vorsitzender Luitpold Braun hierzu einleitend darlegte, werfen zahlreiche Kommunalwahlen in den Jahren 2006 und 2008 bereits jetzt ihre Schatten voraus. Braun befürchtete, dass diese Wahlen erfahrungsgemäß unter der Regierungsbeteiligung der CSU zu leiden haben werden. Fakt sei, dass im Falle einer Mitwirkung der CSU diese in der Vergangenheit stets schlechtere Kommunalwahlergebnisse erzielt habe. „Deshalb“, so Braun, „werden wir frühzeitig mit den Vorbereitungen zur Kommunalwahl 2008 beginnen“. Jetzt gelte es, eine Atmosphäre zu schaffen, die innerhalb der Partei dafür sorgt, „die sie tragenden Säulen auch als tragfähig wahrzunehmen“. Braun: „Gerade die kommunalen Belange müssen in allen Teilbereichen der CSU künftig in höherem Maße ernst genommen werden,

(Fortsetzung von Seite 1)

stattet - unter anderem weil die Schule in einem demnächstigen Bau untergebracht sei und Auflagen beim Brandschutz nicht berücksichtigt werden könnten.“

Konnexitätsprinzip „nach Kassenlage“

So oder so ähnlich sei es überall, unterstrich der Regensburger OB Schaidinger. Im Durchschnitt würden den Städten nur etwa 60 Prozent der Schul-Ausbaukosten erstattet. Ein Konnexitätsprinzip „nach Kassenlage“ werde der Städtetag dem Freistaat aber nicht durchgehen lassen. „Das wäre ein glatter Verfassungsverstoß.“ Der Chef des Landkreistages und Chamer Landrat Theo Zellner formulierte es ähnlich: Das G 8 sei die „wegweisende Nagelprobe“, ob es der

als dies in der Vergangenheit der Fall war. Wenn wir dies schaffen, haben wir für die Kommunalwahl 2008 auch günstigere Voraussetzungen.“

Frühwarnsystem

CSU-Generalsekretär Markus Söder plädierte ebenfalls für eine enge Zusammenarbeit und sagte von Landesleistungsseite aus auch schon für die Wahlen im kommenden Jahr traktierende Unterstützung zu. Herausforderungen für das Jahr 2008 werden sich laut Söder in der Tat deshalb ergeben, „weil wir in einer großen Koalition stecken“. Wichtig sei es in der Zukunft, auf das politische Frühwarnsystem zu hören. „Möglicherweise“, räumte der Generalsekretär ein, „waren wir bei der Bundestagswahl etwas zu siegessicher - doch diese Überheblichkeit können wir uns nicht mehr leisten!“ **DK**

Gipfel mit Signal...

Freistaat mit dem Konnexitätsprinzip ernst meint. Auch beim Büchergeld kündigen sich indes neue Konflikte an: Der Städtetag wiederholte seine Forderung nach dem Aus für die Abgabe.

Landkreistagspräsident Zellner forderte von der designierten Bundesregierung, bei den angekündigten Korrekturen der Hartz-IV-Reform das Versprechen der Entlastung der Kommunen um jährlich 2,5 Milliarden Euro einzulösen: „Es kann nicht sein, dass sich nur der Bund hinsichtlich seiner Leistungen entlastet und die Kommunen auf ihren Kosten sitzen bleiben. Vor allem bei den Landkreisen gibt es in der Mehrzahl kräftige Verlierer. Dies müssen auch die Koalitionspartner zur Kenntnis nehmen.“

Zellner wies auch darauf hin, dass bei Hartz IV Bund und Länder einen Kompromiss zu Lasten der Kommunen geschlossen hätten: „Diese Bürde kann von den Kommunen nur dann getragen werden, wenn unverzüglich die Beteiligungsquote des Bundes auf 34,4 Prozent erhöht wird und für die Zukunft fortgeschrieben wird. Ansonsten wäre die Vertrauensbasis zwischen Bund und Kommunen nachhaltig erschüttert.“

Büchergeld zurücknehmen

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag, Franz Maget, bedauerte, dass auf dem Kommunalgipfel von Seiten Ministerpräsident Edmund Stoibers „leider das entscheidende politische Signal ausgeblieben ist, das Büchergeld wieder zurückzunehmen“. Maget nannte es „heuchlerisch“, so zu tun, als habe er von dieser Maßnahme und deren Konsequenzen nicht gewusst. Welche neue überflüssige Bürokratie dadurch geschaffen wurde, zeige auch der Hinweis des Nürnberger Oberbürgermeisters, Dr. Ul-

rich Maly bei einem Gespräch mit dem SPD-Fraktionsvorstand in Nürnberg. Maly berichtete von fünf eigenen Stellen in der Nürnberger Stadtverwaltung, die sich nun mit der Eintreibung des Büchergeldes beschäftigten.

Hingegen begrüßte Maget das Bekenntnis Stoibers zum Erhalt der Gewerbesteuer. Dies sei ein richtiges und wichtiges Signal für die Kommunen. Nötig sei es, die Kommunen generell finanziell besser auszustatten. „Was Bayern betrifft, so müsste das Land seine Finanzzuweisungen an die Kommunen erhöhen“, forderte Maget. Bei seinem Treffen mit Maly warnte dieser davor, im Zuge der nötigen Einsparungen im Bundeshaushalt auch bei der Gemeindeverkehrsfinanzierung und der Städtebauförderung zu kürzen. Maget teilte die Befürchtung Malys, dass dies negative Folgen für die bayerische Bauwirtschaft haben könne.

Konnexitätsprinzip ist nicht verhandelbar

Das Konnexitätsprinzip ist nicht verhandelbar! So die Reaktion der Münchner Rathaus-SPD auf den Kommunalgipfel. „Konnexität ist Vollkostensatz - und nicht eine Art freiwilliger Zuschuss“, stellte SPD-Schulsprecher Haimo Lieblich fest. Stoiber hatte angekündigt, dass in Gesprächen die „Meinungsverschiedenheiten zwischen Staatsregierung und Kommunen über die Anwendung des Konnexitätsprinzips beim G 8“ gelöst werden sollen. Für das G 8 sei vom Freistaat Vollkostensatz zugesagt worden, den die CSU-Regierung nun nicht mehr einhalten wolle. Lieblich: „Es ist nicht innehmbar, dass die CSU-Regierung die Landeshauptstadt auf über 50 Prozent der Kosten für G 8-Baumaßnahmen sitzen lassen will. Das würde das Konnexitätsprinzip auf den Kopf stellen.“ **DK**

Stromtarif mit Preisgarantie

E.ON Bayern erhöht Strompreise um 2,5 % / Energiesparfonds für Kommunen

München. Der regionale Energieversorger E.ON Bayern wird die Strompreise zum Jahresanfang 2006 erhöhen. Wie Produktmanager Stefan Hieber vor der Presse in München erklärte, steigern sich für 90 Prozent aller rund 1,6 Millionen Privat- und Haushaltskunden mit einem typischen Verbrauch von jährlich 3000 Kilowattstunden die Strompreise um monatlich 1,20 Euro oder rund 2,5 Prozent. Auf die zehn Prozent Kunden mit Zweitarifzählern kommen Mehrkosten bei einem typischen Verbrauch von 5200 Kilowattstunden von monatlich 2,40 Euro oder 3,3 Prozent zu. „Die Preiserhöhungen liegen damit deutlich unter dem Niveau des Vorjahres“.

Der weltweite Anstieg der Energiepreise, so die E.ON, hält unvermindert an. Der Strombeschaffungspreis an der europäischen Strombörse EEX habe sich in den letzten zwölf Monaten um 30 Prozent verteuert. Aufgrund dieser Marktsituation stehe die gesamte Strombranche unter Preisandruck. Außerdem seien die Anbieter 2006 gesetzlich verpflichtet, noch mehr teuren Strom aus alternativen Energiequellen abzunehmen als bisher. Neben den gestiegenen Bezugskosten würden auch Steuern und Abgaben den Strompreis belasten. Seit der Strompreisliberalisierung im Jahr 1998 habe sich der Anteil von Steuern und Abgaben nahezu verdoppelt und liege heute bei rund 40 Prozent. Das bedeutet: Von jedem Euro, den ein Haushalt für Strom zahlt, gehen rund 40 Cent an den Staat.

Moderate Erhöhung

Die Preiserhöhungen zum Jahresanfang 2006 fallen nach Ansicht von E.ON äußerst moderat aus, die Steigerungen würden im allgemeinen Tarif bis Ende 2006 garantiert. Die Strompreise des regionalen Energieversorgers lägen auch nach der Erhöhung im bundesweiten

Stromlieferung:

Kommunen bauen auf E.ON Bayern

Nach Angaben des bayerischen Energiedienstleisters E.ON Bayern haben sich bis heute über 90 Prozent aller bayerischen Kommunen im Vertriebsgebiet des Energiedienstleisters für eine Strombelieferung durch E.ON Bayern ab dem Jahr 2006 entschieden. Seit dem Jahr 2000 erfolgt die Stromlieferung von E.ON Bayern an rund 1.200 Kommunen über eine Rahmenvereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden. Die laufende Vereinbarung endet nach Angaben des Unternehmens Ende 2005. „Aufgrund des großen Erfolgs haben wir die Rahmenvereinbarung bis einschließlich 2009 verlängert“, erklärte der Vorstandsvorsitzende des Unternehmens, Dr. Peter Deml, im Rahmen einer Pressekonferenz.

Zugleich erläuterte Deml die Eckdaten der Rahmenvereinbarung: „Jeder Kommune steht es frei, der ab 2006 gültigen Rahmenvereinbarung beizutreten. Es besteht keine Verpflichtung dazu. Der Rahmenvertrag ist lediglich ein Angebot. Wer davon Gebrauch macht, kann jährlich aussteigen.“ Dass das E.ON Bayern-Angebot wettbewerbsfähig sei, zeige das Beispiel der Stadt Weiden. In einer europaweiten Ausschreibung habe man sich mit den Konditionen der Rahmenvereinbarung durchgesetzt und erneut den Zuschlag für die Strombelieferung ab 2006 erhalten. „Das kommt nicht von ungefähr. Gemessen am heutigen Marktniveau bietet der Rahmenvertrag sensationell niedrige Preise. Man kann den Verbänden nur gratulieren. Sie haben zum Jahresbeginn 2005 einen optimalen Beschaffungszeitpunkt gewählt. Damals lagen die Preise um gut 20 Prozent unter dem Niveau von heute“, so Deml. C

die Zahlung eines einmaligen Betrages von 20 Euro erhält der Kunde drei Jahre Preisgarantie, ohne dass sich die Abnehmer längerfristig binden müssen. Es besteht also weiterhin monatliches Kündigungsrecht. Damit werde dem Wunsch vieler Kunden nach Preissicherheit entsprochen.

Gesellschaftliche Verpflichtung

Für die nächsten Jahre will E.ON Bayern Kommunen und Privatkunden beim Energiesparen unterstützen und sich nachhaltig für den sinnvollen Umgang mit Energie engagieren. Ressourcenschonung sei eine gesellschaftliche Verpflichtung. Auch aus wirtschaftlichen Ge-

sichtspunkten sei es sinnvoll, den Zubau von Kraftwerkskapazitäten zu minimieren. Energieberatung sei Bestandteil von Kundenservice und Kundenbindung.

Energie-Mobil

Für bayerische Kommunen gibt es einen Energiesparfonds von rund 10 Millionen Euro. Überdies werden im gesamten Freistaat Privatkunden im Energie-Mobil vor Ort beraten. Ferner gibt es Strom in Kombination mit einem Hausschutzbrief.

Für einen Mehrpreis von monatlich 4,50 Euro wird eine Absicherung für die kleinen Pannen im Haushalt geboten. So besteht ein Notfallservice für Elektro-, Sanitär- und Heizungsinstallation, Schlüsseldienst, Notheizung, Schädlingsbekämpfung und Wespenst-Entfernung plus EnergieSpar-Check zum Start.

E. Scholl

E.ON Bayern:

Transparenz für Haushalts-Gaskunden

Die E.ON Bayern AG wird Transparenz bei der Bildung ihrer Gaspreise für Haushaltskunden schaffen, kündigte der Vorstandsvorsitzende von E.ON Bayern, Dr. Peter Deml, an. „Wir wollen damit das Vertrauen unserer Kunden in eine faire und marktgerechte Preisgestaltung festigen“, erklärte Deml. Kurzfristige Wettbewerbsvorteile der Konkurrenten nehme man dafür in Kauf.

E.ON Bayern wird nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden keine weiteren Preismaßnahmen umsetzen, bevor nicht alle privaten Haushaltskunden Transparenz über die Preise erlangen können. „Wir wollen damit wieder mehr Sachlichkeit in die öffentliche Diskussion bringen“, so Deml weiter. So werde man auch den Chancen gerecht, die Erdgas bietet. „E.ON Bayern versorgt mit steigender Tendenz rund 80.000 Kunden in Nord- und Ostbayern mit Erdgas. Im laufenden Jahr werden wir rund 2.500 neue Kunden an das Erdgasnetz anschließen“, erklärte Dr. Deml. Damit werde deutlich, dass der umweltschonende Energieträger Erdgas nach wie vor wettbewerbsfähig sei.

C



Ihre Kinder wachsen. Ihr Strompreis nicht.

E.ON BasisPower mit 3 Jahren Preisgarantie*

Informieren Sie sich unter: www.eon-bayern.com

*Durch die einmalige Zahlung von 20 Euro beziehen Sie für den Zeitraum vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2008 Ihren Strom immer zum gleichen Preis (ausgenommen sind Erhöhungen durch Steuern und gesetzliche Abgaben). Dieses Angebot gilt bis zum 31. Dezember 2005.

www.eon-bayern.com
www.eon.com

e-on | Bayern

Ökologisch effizient - stark im Verbund

Offizielle Inbetriebnahme des Biomasse-Heizkraftwerks Traunreut

Die STEAG Saar Energie AG hat in Anwesenheit des Präsidenten des Bayerischen Landtages, Alois Glück, und zahlreicher weiterer Gäste aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung im Rahmen einer Feierstunde ihr neues Biomasse-Heizkraftwerk in Traunreut offiziell in Betrieb genommen. STEAG Saar Energie investierte in das neue Biomasse-Heizkraftwerk an der Werner-von-Siemens-Straße rund 19,5 Millionen Euro. Baubeginn der neuen Anlage war im März 2003.

Reinhard Störmer, Mitglied des Vorstandes der STEAG Saar Energie AG, zur grundsätzlichen Zielsetzung: „Bei Energieerzeugung geht es um die Umwelt, aber auch um Wirtschaftlichkeit und Effizienz. Wenn es gelingt, nachhaltige Energieerzeugung und wirtschaftlichen Anlagenbetrieb miteinander zu kombinieren, hat man einen idealen Weg zur Energieerzeugung gefunden. Hier in Traunreut ist dieser Weg beschritten worden.“

Hauptabnehmer

Das Biomasse-Heizkraftwerk verarbeitet pro Jahr ca. 50.000 Tonnen Altholz der Klassen A1 bis A3. Im Jahr werden damit ca. 40.000 Megawattstunden Wärme und 38.000 Megawattstunden Strom erzeugt. Das reicht aus, um etwa 2.222 Einfamilienhäuser mit Wärme und 9.500 Einfamilienhäuser mit Strom zu versorgen. Hauptabnehmer der Wärme sind die Stadtwerke Traunreut mit ihren Fernwärmenetzen. Größte Einzelabnehmer der Wärme sind die BSH Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH und die Dr. Johannes Heidenhain GmbH.

Der hier erzeugte Strom wird auf EEG-Basis ins Netz der E.ON eingespeist.

Beträchtliche Vorteile

Die ökologischen Vorteile des Biomasse-Heizkraftwerks sind beträchtlich. Bei der Verbrennung des Holzes wird nicht mehr Treibhausgas freigesetzt als das Holz bei seinem Wachstum aufgenommen und gespeichert hat. Die CO₂-neutrale Verbrennung erspart der Umwelt im Vergleich zu herkömmlich gewonnener Energie im Jahr rund 36.000 Tonnen Kohlendioxid-Emissionen. Die ökologische Effizienz wird durch den Einsatz der Kraft-Wärme-Kopplung, also der gleichzeitigen Erzeugung von Wärme und Strom, noch gesteigert.

Am Anfang war die Idee

Das neue Biomasse-Heizkraftwerk ist Bestandteil des Energieverbundes Traunreut. Am Anfang stand die Idee der Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH, ihre Energieversorgung in die Hände eines erfahrenen Contractors zu legen. Die benötigte Energie sollte effizient

und umweltschonend in Kraft-Wärme-Kopplung und auf Basis erneuerbarer Energie erzeugt werden. Diesen Verbund bilden neben dem neuen Heizkraftwerk ein bereits im Juli 1999 errichtetes Biomasse-Heizwerk und die Stadtwerke Traunreut mit ihren Fernwärmenetzen, die aus den beiden Energiezentralen gespeist werden.

Tag der offenen Tür

Ende Oktober veranstaltete die STEAG Saar Energie AG einen Tag der offenen Tür im Biomasse-Heizkraftwerk Traunreut. Angeboten wurden regelmäßige Führungen durch die Anlage. Die Stadtkapelle Traunwalchen spielte im Festzelt auf und für gutes Essen und Getränke war bestens gesorgt.

Intelligente und nachhaltige Konzepte

Die STEAG Saar Energie AG ist der deutschlandweit aufgestellte Energiespezialist im Bereich der dezentralen Energieversorgung und dabei eingebunden in die STEAG, die Energiesäule des Essener RAG-Konzerns. Das Unternehmen ist darauf spezialisiert, intelligente und nachhaltige Konzepte für jeden Kunden zu entwickeln. Dabei reicht das vernetzte Energieangebot von der Biomasse- und Geothermieerzeugung bis hin zum Betrieb eines virtuellen Regelkraftwerks. STEAG Saar

Energie ist zudem einer der führenden Stromproduzenten im südwestdeutschen Raum. Das Unternehmen betreibt bundesweit 10 Biomasse-Anlagen mit einer jährlichen Verwertungskapazität von rund 460.000 Tonnen Altholz. Biomasse-Heizkraftwerke befinden sich unter anderem auch in Großaitingen, Werl, Neufahrn, Neuwied, Dresden, Ilmenau und Buchen.

Weitere Infos zum Projekt:
Zur Technik: Bernd Gross, Betriebsleiter Biomasse-Heizkraftwerk Traunreut, Telefon: 0 86 69/9 098 013, Fax: 0 86 69/9 00 264, E-Mail: bernd.gross@steag-saarenergie.de
Allgemeine Informationen: Peter Ney, Service Center - Kommunikation, Telefon: 06 81/4 05 - 14 05 - 92 23, Fax: 06 81/4 05 - 10 76, E-Mail: peter.ney@steag-saarenergie.de

Landkreis Rosenheim:

Rohstoff Holz im Blickpunkt

Rund um den heimischen Rohstoff Holz ging es bei den Aktionstagen „Energieträger Holz“, die vom Landkreis Rosenheim in Zusammenarbeit mit den Waldbesitzervereinigungen Rosenheim-Bad Aibling und Wasserburg-Haag, dem Amt für Landwirtschaft und Forsten sowie der Fachhochschule Rosenheim veranstaltet wurden. Im Mittelpunkt stand dabei der „Tag der offenen Heizungstür“. Daneben gab es eine Vortragsreihe zum Thema „Energieträger Holz“.

Der Anstieg der Energiepreise, das zunehmende Bewusstsein über die Begrenztheit der Rohstoffe Öl und Gas und die von allen Seiten anerkannte Notwendigkeit, die Kohlendioxid-Emission aus Gründen des Klimaschutzes zu reduzieren, führen nach Auffassung von Landrat Dr. Max Gimpl zu einem Umdenken in der Energiepolitik. Gerade in der Region Rosenheim habe das Holz aufgrund seines hohen Wirkungsgrads als Brennstoff Tradition. Die Aktionstage des Landkreises Rosenheim informierten deshalb detailliert über alle derzeit sinnvollen Systeme der energetischen Verwendung. Mittlerweile gibt es nach Informationen des Landrats im Landkreis Rosenheim bereits über 300 Hackschnitzelheizungen und mehr als 320 Pellets-Anlagen. Außerdem sind rund 12.000 andere Feststoffbrennanlagen vom Kachelofen bis zum Scheitholzkessel in Betrieb.

14 Betriebe, Institutionen und Privatleute stellten sich am „Tag der offenen Heizungstür“ landkreisweit in den Dienst dieser Aktion. Dabei waren für jedermann Hackschnitzel-, Pellets- und Scheitholzanlagen in Amberg, Bad Endorf, Bruckmühl, Eiselfing, Feldkirchen-Westerham, Nußdorf, Oberaudorf, Rimsting und Prien zugänglich. Bei der Auftaktveranstaltung zu den Aktionstagen referierten Dr. Rupert Schäfer vom Bayerischen Ministerium für Landwirtschaft und Forsten sowie Professor Horst Kreimes von der FH Rosenheim und Diplomingenieur Klaus Röhrmoser von der Gammel Engineering GmbH über Möglichkeiten der energetischen Nutzung von Holz im Landkreis. Eine Podiumsdiskussion mit namhaften Fachleuten schloss sich an. **DK**

Wesentliche Projektdaten

Kessel	
Feuerungswärmeleistung:	19,5 MW
Dampfproduktion:	21,7 t/h
Dampfparameter:	425 °C/64 bar
Turbine	
Nennleistung:	ca. 5 MW
Wärmeauskopplung:	bis 14 MW
Brennstoff:	Altholz, ca. 50.000 t/a
Brennstofflager:	Volumen ca. 1.000 t, ausreichend für ca. 10 Tage
Personal:	8 Mitarbeiter.



Die über 1000 Besucher des ersten EuRegio-Forsttages in Kirchanschöring waren ein guter Anfang für das Ziel, dass der Wald in der Öffentlichkeit mehr Aufmerksamkeit genießen muss.

Energielieferant Holz:

In Zukunft wichtiger als Wasser?

EuRegio-Forsttag in Kirchanschöring mit MdB Ramsauer

Nach der Einführung und Begrüßung durch EuRegio-Vizepräsident Landrat Hermann Steinmaßl und Kirchanschörings Bürgermeister Albert Reiter beleuchtete der Bundestagsabgeordnete Peter Ramsauer im Rahmen des ersten EuRegio-Forsttages die deutsche Forstpolitik. Ramsauer kritisierte heftig die Entscheidungen der alten Bundesregierung. Ein geplantes, neues Waldgesetz hätte alle Waldbesitzer in den nächsten Jahren mit einer Flut neuer Regeln überzogen. Von der großen Koalition forderte Ramsauer daher, dass es keine weiteren staatlichen Eingriffe in die Eigentumsrechte der Waldbauern geben dürfe.

Ramsauer begrüßte allerdings ausdrücklich das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG): „Dieses Gesetz ist ein Segen für alle heimischen Brennstoffe und für die Biomasse. Vor fünf Jahren noch belächelt ist die Biomasse heute schon eine neue Dimension in der Landnutzung.“

Holz sei der wichtigste Rohstoff des 21. Jahrhunderts, so Ramsauer weiter, die Holzvorräte seien in den letzten Jahren um 3 Milliarden Kubikmeter gestiegen, die nachgewachsene Fläche sei so groß wie zwei mal die Landkreise BGL und Traunstein zusammen. Bundesweit gibt es rund 800.000 Arbeitsplätze in der Forstwirtschaft. Seiner Meinung nach werde das Holz dem Wasser als Energielieferant den Rang ablaufen und es werde in Zukunft ein wichtiges Mittel sein, um die Abhängigkeit von Erdöl zu senken.

In gleicher Weise äußerte sich Salzburger Naturschutz-Landrat Sepp Eisl. Auch er ist der Überzeugung, dass der Natur- und Umweltschutz gemeinsam mit der Forstwirtschaft nur gelingen könne, wenn die Waldbesitzer auch freiwillig mitmachen. „Als ich den Naturschutz vor sechs Jahren übernommen habe, gab es im Bundesland Salzburg 13 besonders geschützte Gebie-

te, mittlerweile sind es 28, aber alle mit Zustimmung der Grundeigentümer“, betonte Eisl. Holz sei ein Rohstoff der Zukunft, ein Umstieg von Erdöl und Gas auf Holz sei unausweichlich, so der Landesrat. „Die Zeit ist reif, dass wir neue Technologien einsetzen, aber Hackschnitzel-Heizkraftwerke dürfen nicht von auswärts finanziert werden, sondern das müssen wir selbst machen. Wir müssen die Eigentümer der neuen Biomasse-Heizkraftwerke sein.“ Gleichzeitig müssten sich regionale Biomasse-Heizkraftwerke auch ausdehnen dürfen, „diese Heizkraftwerke müssen zu Kompetenz-Zentren werden. Was spricht dagegen, dass diese kleinen Kraftwerke auch Wellness-Hotels oder andere Gebäude in der näheren Umgebung mit Strom und Wärme versorgen?“

„Wir müssen zu unserem Wald stehen und ein Vorbild sein. Holz ist der Rohstoff der Zukunft, wir sitzen auf einem Schatz, den wir nur heben müssen.“ Auch beim Neubau von öffentlichen Gebäuden müsse mehr Holz verwendet werden. Gemeinsam mit Ramsauer appellierte er an die Waldbauern, Freude an ihrem Wald zu zeigen und selbst an ihre Produkte zu glauben und diese auch einzusetzen. **C**

STEAG Saar Energie.

Wir messen Energie nicht in Watt, sondern in Intelligenz.

Gute Geschäfte sind das Ergebnis wirklich guter Lösungen. Und die entstehen im Kopf. Deshalb sind unsere wichtigsten Energieträger unsere Mitarbeiter: mit ihren Ideen und ihrer Erfahrung. Sie machen aus Kundenwünschen passgenaue Energiekonzepte und aus Know-how mehr Energieeffizienz.

STEAG Saar Energie – Volle Kraft aus Süd-West

steag
Saar Energie

STEAG Saar Energie AG
Trierer Straße 1
66111 Saarbrücken

Telefon +49 (6 81) 4 05-05
E-Mail info@steag-saarenergie.de
Internet www.steag-saarenergie.de

Erdgas fließt in Sünching für 3.617 Haushalte

Erdgas Südbayern GmbH (ESB) beginnt Erdgasversorgung

Mit dem traditionellen „Fest der Ersten Flamme“ startete die Erdgas Südbayern GmbH offiziell die Versorgung der Gemeinde Sünching mit der umweltfreundlichen Wärme-Energie Erdgas. Da auch das Werk der Südstärke GmbH an die Erdgasversorgung angeschlossen wurde, fließen demnächst bis zu 90 Mio. Kilowattstunden Erdgas durch die neuen Leitungen. Dies entspricht einem Verbrauch von rund 3.600 Haushalten. Zusätzlich haben sich schon jetzt 17 Kunden in Sünching für eine Erdgas-Heizung entschlossen.

Die symbolische Flamme wurde gemeinsam vom Regensburger Landrat Erwin Mürbeth, ESB-Geschäftsführer Werner Bähre, ESB-Regionalleiter Herbert Schramm, dem Sünchinger Bürgermeister Erwin Rist und Josef Königbauer, Geschäftsführer der Südstärke GmbH entzündet. „Ich freue mich darüber, dass wir mit der Erschließung der Gemeinde Sünching und dem Werk der Südstärke GmbH weitere wichtige Kunden gewinnen konnten“, so Geschäftsführer Bähre anlässlich des Festes. „Ich bedanke mich auch bei den privaten Kunden in Sünching, die sich schon jetzt für die umweltfreundliche Wärmeenergie Erdgas entschlossen haben“.

Die feierliche Segnung der

„Ersten Flamme“ als Symbol für den Beginn der Gasversorgung nahmen der katholische Pfarrer Erwin Gietl und der evangelische Pfarrer Ulrich Fritsch vor. „Mit dem Anschluss an das Versorgungsnetz verfügt nun auch die Gemeinde Sünching über einen Zugang zu einer modernen Wärmeenergie“, so Bürgermeister Rist. Für ihn ist die Versorgung durch die umweltfreundliche Wärmeenergie Erdgas eine Steigerung des Komforts für die Verbraucher.

Konzessionsvertrag

Die Gemeinde Sünching und die ESB unterzeichneten am 15. März 2005 einen Konzessionsvertrag über die zukünftige Lie-

ferung von Erdgas. Bereits wenige Wochen später war der Anschluss an die Versorgungsleitung geschafft und dann erfolgte der Ausbau des Leitungsnetzes innerhalb der Gemeinde. Insgesamt wurden im Zuge dieser Arbeiten mehr als 14 Kilometer Leitungen verlegt.

Südstärke GmbH als wichtiger Kunde

Hauptabnehmer in der Gemeinde Sünching ist das Werk der Südstärke GmbH. Mit einer geplanten Lieferung von rund 90 Mio. Kilowattstunden (kWh)



Im Rahmen einer konstituierenden Sitzung des Stiftungsrates der von C.A.R.M.E.N. gegründeten „Stiftung Wachsende Rohstoffe“ wurde Landtagspräsident Alois Glück (3. v. r.) zum Vorsitzenden gewählt. Weitere Vorstandsmitglieder sind (v. l.): C.A.R.M.E.N.-Geschäftsführer Werner Döller, C.A.R.M.E.N.-Vorstandsvorsitzender Reinhold Erlbeck, der Vorsitzende des Bayerischen Waldbesitzerverbandes, Freiherr Marian von Gravenreuth, Straubings OB Reinhold Perlak und der Direktor der Raiffeisenbank Straubing, Hermann Mirtl.

Ein Bürgermeister gibt (Erd-)Gas!

„Eine sichere und saubere Art zu fahren. Und einen Unterschied zu einem Benzinmercedes merkt man auch nicht. Der neue Mercedes E 200 NGI fährt super und tankt Gas“, erklärte Georg von Preysing, 1. Bürgermeister der Stadt Gmund am Tegernsee, zu seiner Premiere in einem Erdgasfahrzeug.

Der leidenschaftliche Jäger und Naturschützer informierte sich an der Irtschenberger OMV-Ergastankstelle über die Vorteile des sowohl preiswerteren als auch umweltschonenden Kraftstoffs.

Anlässlich des ersten Geburtstags der Erdgastankstelle Irtschenberg ließ sich Bürgermeister von Preysing von den Mitarbeitern von Erdgas Südbayern GmbH sowie dem Team der Firma Waldschütz den alternativen Antrieb Erdgas vorstellen und erkundete dabei den „etwas anderen“ Tankvorgang. Erdgas wird mit hohem Druck in den Tank gepresst und in Kilogramm abgegeben.

Anschließend testete der Bürgermeister den Erdgas-Mercedes. Die Absatzzahlen mit knapp 10.250 kg getankten Erdgas an der Erdgaszapfsäule am Irtschenberg belegen es zudem eindeutig: Immer mehr Autofahrer haben ihre Liebe zum umweltschonenden Fahren entdeckt.

len und erkundete dabei den „etwas anderen“ Tankvorgang. Erdgas wird mit hohem Druck in den Tank gepresst und in Kilogramm abgegeben.

VKU-Verbandstagung in Dresden:

Deutschland braucht Stadtwerke

Als Wirtschafts- und Wettbewerbsfaktor unverzichtbar Forderungen an neue Bundesregierung

„Die Stadtwerke mit ihren 64 Milliarden Euro Umsatz und 247.000 Beschäftigten sind ein bedeutender Wirtschaftsfaktor bei der Bereitstellung elementarer Infrastrukturen für Wirtschaft und Verbraucher. In der Energie-, Wasser-/Abwasser- und Abfallwirtschaft sind die Stadtwerke darüber hinaus unverzichtbare Wettbewerber, um Konzentrationstendenzen in diesen Märkten zu begegnen“, erklärte OB Gerhard Widder, Präsident des VKU, bei der Verbandstagung in Dresden.

Der VKU habe gerade in den Auseinandersetzungen um das neue Energiewirtschaftsrecht der Politik immer wieder verdeutlicht, dass es nicht darum gehen könne, öffentliche Monopole durch ein privates Oligopol zu ersetzen, bemerkte Widder. Ein Markt könne nur funktionieren, wenn eine möglichst große Zahl unabhängiger Player existiere. Die knapp 600 kommunalen Energieversorger hätten allein durch Neuausrichtung ihrer Unternehmen dafür gesorgt, dass Wirtschaft und Verbraucher unter qualitativ hochwertigen Angeboten auswählen könnten.

Zunahme von Kooperationen

Nach dem Inkrafttreten des Energiewirtschaftsgesetzes sieht Widder eine Zunahme von Kooperationen mit benachbarten kommunalwirtschaftlichen Unternehmen, insbesondere im Netzbereich, sowie ein Wiedererstarren der Eigenzeugung bei den Stadtwerken. Durch Dezentralisierung und Diversifizierung bei den Bezugsquellen sollten bestehende Abhängigkeiten von den Vorlieferanten vermindert werden. Die Erhöhung der Bezugspreise, sowohl beim Strom als auch beim Gas, könne von den Stadtwerken nicht mehr abgefangen werden, weil durch die Mehraufwendungen der Liberalisierungsvorgaben und gleichzeitig schrumpfenden Margen in den klassischen Geschäftsfeldern keine Reserven mehr vorhanden seien.

Renditeanreize

Von einer neuen Bundesregierung erwarte der VKU, dass sie sich für eine funktionsfähige Netzinfrastruktur bei Strom und Gas einsetze, die die Investitions- sowie auch die Versorgungssicherheit gleichermaßen gewährleiste und die den Netzbetreibern und Investoren aus-

kömmliche Renditeanreize biete. Vor allem für die kleinen Netzbetreiber sei eine Erhöhung des administrativen Aufwandes bzw. eine Verschärfung der Regulierungsanforderungen nicht angezeigt. Die Förderung der umweltfreundlichen Kraft-Wärme-Kopplung sei fortzuentwickeln und das Erneuerbare Energien-Gesetz sollte novelliert werden mit dem Ziel, nicht nur die Interessen der Anlagen-, sondern auch der Netzbetreiber gleichermaßen zu berücksichtigen.

Kurs fortsetzen

Beim Emissionszertifikatehandel müssten für die Handelsperiode 2008 bis 2012 angemessene Anreize für den Einsatz effizienter Technologien, insbesondere für die umweltfreundliche Kraft-Wärme-Kopplung, geschaffen werden, sagte Widder. Im Bereich der Wasser- und Abwasserwirtschaft ist Widder zufolge der eingeleitete Modernisierungskurs fortzusetzen. Die im weltweiten Vergleich exzellente Spitzenqualität des deutschen Trinkwassers dürfe nicht durch Liberalisierungsexperimente sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene gefährdet werden.

Kommunen im Visier

Für die Abfallwirtschaft fordere der VKU im VKU, die Sammlung sämtlicher Abfälle aus Haushalten und der hausmüllähnlichen Gewerbeabfälle sowie auch die Ausgestaltung des Sammelsystems wieder in die Hand der Kommunen zu legen. Die kommunalen Betriebe und Unternehmen hätten ihre Leistungsfähigkeit nachhaltig bewiesen. Dies schließe nicht aus, dass je nach örtlichen Gegebenheiten die private Entsorgungswirtschaft im Auftrag der Kommune eingebunden werde. **DK**

E.ON Bayern:

Neuinvestitionen und Instandhaltungsmaßnahmen

Im Rahmen einer Investitionsoffensive erhöht der Energiedienstleister E.ON Bayern im Jahr 2006 sein Investitionsbudget um rund 10 Prozent auf 225 Mio. Euro. Neben den Ausgaben für Instandhaltungsmaßnahmen und die Erschließung von Baugebieten bildet die Verkabelung störungsanfälliger Mittelspannungsfreileitungen wie in den Vorjahren einen Investitionsschwerpunkt. Darüber hinaus beginnt E.ON Bayern systematisch mit der Erneuerung von Ortsnetz-Transformatorstationen und wird hierfür bereits im Jahr 2006 knapp 25 Mio. Euro aufwenden.

„Mit diesem Investitionsvolumen kann die Netzverfügbarkeit und damit auch die Versorgungsqualität für unsere Kunden weiterhin auf einem hohen Niveau sichergestellt werden“, erklärte der technische Vorstand der E.ON Bayern, Hermann Wagenhäuser.

Die Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen kommen in hohem Maße der heimischen Wirtschaft zu Gute. Denn die

Aufträge werden überwiegend an mittelständische Unternehmen in Bayern vergeben und sichern dort über 3000 Arbeitsplätze.

E.ON Bayern nimmt mit einem Stromabsatz von knapp 30 Mrd. Kilowattstunden, einem Gasabsatz von rund 5 Mrd. Kilowattstunden und mit über 2 Mio. Kunden einen Spitzenplatz bei den regionalen Energiedienstleistern in Deutschland ein. **C**

Geothermie:

Vorsprung ausgebaut

Mit den bereits bestehenden sechs geothermischen Wärmeanlagen in Bayern und über weiteren 40 in Planung befindlichen Strom- und Wärmeprojekten baut Bayern seine Spitzenstellung bei der Erdwärmeschließung in Deutschland weiter aus“, erklärte heute Bayerns Wirtschaftsminister Otto Wiesheu beim Kooperationsforum „Geothermie in Bayern“ in Garching.

Mit jeder neuen Geothermieanlage in Bayern verbreitert Bayern seine Energiebasis. „Damit verschaffen wir uns ein Mehr an Versorgungssicherheit und Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern“, unterstrich Wiesheu bei seiner Eröffnungsansprache. Für den Aufbau der Geothermie-Nutzung in Bayern hat das Bayerische Wirtschaftsministerium allein in den letzten fünf Jahren rund sechs Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Die Geothermie-Anlagen in Erding, Straubing, Simbach am Inn, Unterschleißheim, Neu-Riem und Pullach waren fründig. Sie weisen nach Aussage des Ministers den Weg in die Zukunft einer geothermischen Wärmeversorgung für den gesamten Großraum München. „Kein anderer Großraum in Deutschland hat ein derart gutes geothermisches Potential“, betonte der Minister. Mittlerweile stünden rund zwei Drittel der insgesamt erschlossenen Geothermie-

stung Deutschlands in Bayern.

Neben der Nutzung zur Wärmeversorgung könne die Geothermie mittlerweile auch zur Stromgewinnung genutzt werden, erklärte Wiesheu weiter. Neue Technologien machen es jetzt möglich, aus heißem Thermalwasser ab 100 °C und bei Schüttungen ab 100 l/s Strom zu erzeugen. Gut die Hälfte der neuen Projekte, vor allem südlich von München, seien solche Stromprojekte.

„Wir werden die Potentiale der Geothermie voll nutzen“, betonte Wiesheu. Dazu werde der im April dieses Jahres herausgegebene „Bayerische Geothermieatlas“, der mittlerweile ein Standardwerk für Information und Planung geothermischer Anlagen in Bayern sei, weiterentwickelt. „Wir erarbeiten daraus ein neues regionales Modell zu den thermischen und hydraulischen Wechselwirkungen in der Region“, kündigte der Minister an. **C**

Die 5-Sterne-Wärme von der ESB.

Mit Erdgas in guter Gesellschaft.



Modern heizen, unbeschwert leben. Mit der 5-Sterne-Wärme von ESB wird vieles angenehmer. Sie haben Anschluss an eine moderne Energie und sind damit in guter Gesellschaft. Denn in 295 Städten und Gemeinden Südbayerns leben bereits 160.000 Familien in Ihrer Nachbarschaft

mit Erdgas – bequem und komfortabel. Wählen Sie jetzt das Leistungspaket, das genau auf Ihre Wünsche zugeschnitten ist – wir freuen uns auf Sie!

Mehr Infos unter 01 80/1 08 08 01 (zum Ortstarif) oder unter www.esb.de

ESB
Erdgas Südbayern

BioMa Energie AG:

Mit der Kraft erneuerbarer Energien

Aufsichtsratsvorsitzender Ferdinand Fiedler im Gespräch mit der GZ

Die Wende in der Energiepolitik ist unübersehbar. Die Verknappung fossiler Brennstoffe und der globale Klimawandel, unter dem verstärkt auch die dicht besiedelten Industriestaaten leiden, haben ein Umdenken eingeleitet. Neben Effizienzsteigerungen und Sparmaßnahmen sollen erneuerbare Energien wie Wasserkraft oder Biomasse die Abhängigkeit von fossilen und atomaren Energieträgern mindern. Die BioMa Energie AG, eine Kraftwerkpool-Aktiengesellschaft mit Sitz in Salzburg und Deutschland-Niederlassung in Traunstein, hat es sich zur Aufgabe gemacht, diese Entwicklung aktiv zu begleiten und dabei eigene Akzente zu setzen.

Wie Aufsichtsratsvorsitzender Ferdinand Fiedler in einem Gespräch mit der GZ erläuterte, ist die 2004 gegründete BioMa Energie AG ein Unternehmen, das sich der Nutzung biogener Energieträger - vorwiegend Biomasse und Biogas - sowie Wasserkraft verschrieben hat. In ihren Reihen finden sich ausgebildete Bankkauffleute bzw. Bankfachwirte, die ihre Wurzeln bei den Genossenschaftsbanken und in der ehemaligen Hypo-Bank haben. Mit einer hervorragend qualifizierten Mannschaft habe man sich zunächst im Vermögensverwaltungsbereich selbstständig gemacht und die besten Kunden als Financiers eingesetzt. Daraus entstand die Neue Vermögens AG, eine der drei größten deutschen Gesellschaften, wenn es um unabhängige Kapitalbetreuung und Beratung geht.

Regenerativ-Energie und Vermögensverwaltung

Was aber hat nun Regenerativ-Energie mit Vermögensverwaltung zu tun? Spätestens auf den zweiten Blick sehr viel, wie Fiedler betonte. Schließlich gebe es „unendlich viele gute Ideen in Deutschland, wie man Energie günstiger erzeugen kann“. Das Hauptproblem dabei sei jedoch stets die Finanzierung: „Wenn der Ingenieur mit seiner guten Idee heute bei einer Bank vorstellig wird und um einen Kredit für sein Patent bittet, wird er ohne den Nachweis einer Grundschuld sein Projekt nicht finanzieren können.“

„Um diese beiden Tugenden - Wärme und Strom auf der einen sowie eine gute Verwaltung auf der anderen Seite - sinnvoll zu verbinden, sind wir in dieses

Geschäft eingestiegen“, erklärte Fiedler. „Dabei betreiben wir die von uns gebauten Kraftwerke auch selbst - unterstützt natürlich von einer großen Anlegerschar.“ Beeinflusst worden sei die BioMa AG hierbei von der Idee des 2001 in Betrieb genommenen Biomasse-Heizkraftwerks in Pfaffenhofen an der Ilm, dessen Besonderheit darin besteht, dass die Kraft-Wärme-Kältekopplung dort bundesweit erstmalig auf Basis eines regenerativen Energieträgers realisiert wird.

Pfaffenhofer Vorbild

Die Anlage versorgt kommunale Einrichtungen (Schulen, Krankenhäuser etc.) sowie die Firma HIPP mit Wärme bzw. Dampf; durch Absorptionskältemaschinen wird Prozesskälte für eine Brauerei sowie Kälte zur Klimatisierung (Krankenhäuser, Verwaltungsgebäude) erzeugt. Als Brennstoff kommt naturbelassenes Holz mit hoher regionaler Wertschöpfung zum Einsatz. Und genau das entspricht der Philosophie der BioMa AG: „Unter Biomasse verstehen wir ausschließlich unhandelte Festbrennstoffe - Waldrestholz, Rapsstroh und Hackschnitzel.“

Ökologie und Ökonomie im Einklang

Das Biomasse-Heizkraftwerk ist somit als Modellkonzept zu verstehen, das Ökologie und Ökonomie in Einklang bringt. Und das Interesse der Investoren ist groß, wie Fiedler berichtete: „Das Geld ist somit praktisch zur Idee gekommen. Wir haben das Thema voll getroffen. Ich bin davon überzeugt, dass

die Energieerzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen der Zukunftsmarkt bis spätestens Sommer 2006 vier Biomasse-Heizkraftwerke, die für eine Leistung von jeweils 5 Megawatt ausgelegt sind. Dies entspricht je Standort in etwa dem jährlichen Strombedarf von 10.000 Haushalten. Österreich liegt mittlerweile mit großem Vorsprung an der Spitze der EU-Länder, wenn es um die Nutzung regenerativer Energieträger geht. Bis zum Jahr 2010 will das Land den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung von derzeit gut 70 Prozent auf rund 78 Prozent steigern.

Standort Österreich

Auf Basis des erfolgreichen Pfaffenhofer Konzepts entstehen in Ober- und Niederösterreich bis spätestens Sommer 2006 vier Biomasse-Heizkraftwerke, die für eine Leistung von jeweils 5 Megawatt ausgelegt sind. Dies entspricht je Standort in etwa dem jährlichen Strombedarf von 10.000 Haushalten. Österreich liegt mittlerweile mit großem Vorsprung an der Spitze der EU-Länder, wenn es um die Nutzung regenerativer Energieträger geht. Bis zum Jahr 2010 will das Land den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung von derzeit gut 70 Prozent auf rund 78 Prozent steigern.

Enorme Einsparungen

Ein Heizkraftwerk ersetzt Jahr für Jahr fossile Brennstoffe mit einem Energieäquivalent von 16 Mio. Litern Heizöl. Auf diese Weise werden jährlich mindestens 30.000 bis 40.000 Tonnen des klimaschädlichen Treibhausgases Kohlendioxid eingespart. Holz steht in unmittelbarer Nähe zu den Kraftwerksstandorten ausreichend zur Verfügung. Restmaterial aus der Landschaftspflege wird zum Wertstoff und muss nicht mit hohen Kosten entsorgt werden.

„Regenerativ“ im besten Sinne

Bei der Nutzung von Biomasse als Energieträger wird Fiedler zufolge besonders deutlich, was „regenerativ“ bedeutet: Es kann nur so viel Masse genutzt werden, wie auf natürlichem Wege nachwächst. Dabei wird nicht mehr Kohlendioxid freigesetzt wie zuvor bei der Entstehung der biogenen Energie-

träger gebunden wurde. Biomasse bietet aber auch insbesondere für die Standorte weitreichende Vorteile: So verbleibt die mit der Strom- und Wärmezeugung verbundene Wertschöpfung überwiegend in der Region. Bereits in der Bauphase werden für regional und überregional tätige Firmen Aufträge geschaffen, zudem entstehen je Standort und in der daran angeschlossenen Versorgungslogistik zwischen zehn und 15 neue Arbeitsplätze. Die direkte Nähe des Kraftwerks zu den Strom- und Wärmeabnehmern hat aber auch den Vorteil, dass die nicht unerheblichen Verluste, die durch den Leitungstransport bei Großkraftwerken hervorgerufen werden, weitgehend zu vermeiden sind.

Weitere Potenziale

Neben der Biomasse sieht die BioMa Energie AG auch in Biogasanlagen und im Bereich Geothermie ein erhebliches Potenzial. Gerade bei letzterem wäre nach Einschätzung Fiedlers „noch sehr viel zu holen“. Hier sei manches noch zu wenig erforscht und entwickelt. Das Einzige, was man ab und zu nutze, sei Wärme.

„Bewegliches Krafthaus“

Auch die Wasserkraft „als sauberste Energie überhaupt“ sei nicht zu unterschätzen, fuhr der Aufsichtsratsvorsitzende fort, wogegen sich Genehmigungsverfahren vor dem Hintergrund des Landschaftsschutzes nicht selten über ein Jahrzehnt hinziehen. Doch auch hier gebe es vernünftige Technologien wie das „bewegliche Krafthaus“, ein fliegerbombenähnliches Turbinengebilde, das einfach bei einem bestehenden Wehr ins Wasser gehängt wird. Die Fließgeschwindigkeit des Gewässers sorgt für die Drehung des Laufrades, das einen Generator antreibt. Einzig ein nach oben geführtes Kabel lässt von außen den Schluss zu, dass an dieser Stelle Strom erzeugt wird. Je nach Bedarf kann die „Fliegerbombe“ angehoben oder abgesenkt werden. Selbst bei Hochwasser ist die Anlage zu betreiben.

Tauglichkeitsprüfung

Um zu prüfen, ob der „eigene“ Fluss vor der Haustür „Krafthaus“-tauglich ist, können sich interessierte Betriebe und Kommunen jederzeit an die

BioMa Energie AG wenden. Generell, so Fiedler, gibt es für die Kommunen jede Menge an Möglichkeiten, ihre Energiekosten um die Hälfte zu reduzieren - ob es sich dabei nun um die kleine Rathausheizung oder das große Schwimmbad handelt.

Idee eines Bio-Energieparks

Getragen von der positiven Erfahrung mit Biomasse plant das Unternehmen die Realisierung von Biogasanlagen in Deutschland. Zudem werden Fiedler zufolge Engagements bei mehreren Laufwasser- und Speicherkraftwerken im In- und Ausland geprüft. Über

all dem throne freilich die Idee des weltweit größten Bio-Energieparks, der wichtige Komponenten wie die stationäre und mobile Energieerzeugung sowie die intensivere Berücksichtigung landwirtschaftlicher Produkte vereinen soll, berichtete Fiedler. Dazu gehörten u. a. Mais und die Triticale, eine Gruppe von Getreidezüchtungen, die aus Kreuzungen zwischen Weizen und Roggen entstanden und sehr energiereich sind. „Denn das“, so Fiedler, „ist unser Ziel - die immensen Chancen, die die erneuerbaren Energien eröffnen, im Interesse unserer Aktionäre zu nutzen.“ **DK**

Geschäftszweck der BioMa Energie AG:

- Konzeption von Kraftwerken
- Planung, Errichtung und Betrieb von Kraftwerken
- Nutzung und Förderung regenerativer Energieträger, insbesondere von Biomasse
- Entwicklung, Produktion und Vertrieb von Düngemitteln auf biologischer Basis
- Beteiligung an Kraftwerken (Kraftwerkpool) im In- und Ausland
- Handel mit Biomassebrennstoffen
- Sonstige Beteiligungen an Kapitalgesellschaften. **DK**

E.ON Bayern:

Partner der Kommunen

Über 60 Bürgermeister beim Kommunalforum in Weiden

„Partnerschaft mit Perspektiven“ - unter diesem Motto stand das ostbayerische Kommunalforum des Energiedienstleisters E.ON Bayern in der Weidener Max-Reger-Halle. Der regelmäßige Informations- und Gedankenaustausch mit den Bürgermeistern und Entscheidungsträgern von Städten und Gemeinden hat bei E.ON Bayern seit langem Tradition. In Weiden begrüßte Generalbevollmächtigter Max Binder über 60 Gäste vor Beginn der Tagung zu einer Besichtigung des Medienhauses Der neue Tag.

Im Mittelpunkt des Kommunalforums standen aktuelle Entwicklungen auf dem deutschen Energiemarkt und deren Auswirkungen für die Region, wobei Max Binder besonders die wesentlichen Inhalte des seit Juli gültigen neuen Energiewirtschaftsgesetzes erläuterte.

Große Zufriedenheit

Zufrieden zeigte sich der Generalbevollmächtigte mit dem Ergebnis einer Befragung, bei der bayerische Bürgermeister ihre hohe Zufriedenheit mit E.ON Bayern zum Ausdruck gebracht hätten. Kritische Stimmen gab es allerdings zum Strompreis. Hier machte Binder deutlich, dass das Strompreisniveau von E.ON Bayern für Privatkunden nach wie vor unter dem Stand von 1998 liege. Die staatlichen Belastungen seien jedoch in diesem Zeitraum um 72 Prozent gestiegen, so dass von jedem Euro, den die Haushaltskunden für den Stromverbrauch zahlen, 40 Cent an den Staat gehen.

Einsatz mit Tradition

Schon traditionell, so Binder, sei das Engagement von E.ON Bayern für die Regionen im Freistaat. So sei heuer erstmals der Kulturpreis Bayern für Kunst und Wissenschaft vergeben worden, eine Weiterentwicklung des Kulturpreises Ostbayern.

E.ON Bayern-Umweltpreis

Jährlich werde der E.ON Bayern-Umweltpreis, der sich an Kommunen, Kirchen, Vereine und ab 2006 auch an Unternehmen richte, für ökologische Projekte auslobt. Binder lud die Bürgermeister ein, sich mit ihren ökologischen Projekten um den Preis zu bewerben. Viele positive Reaktionen erhalte das Unternehmen für die Schülerlotsen-Ak-

tion, bei der Schulweghelfer mit Sicherheitskleidung ausgestattet werden. Mit einem Investitionsvolumen von jährlich rund 200 Millionen Euro trage E.ON Bayern dazu bei, dass bei den Auftragnehmern rund 3 000 Arbeitsplätze gesichert werden.

Binder versicherte den Gästen, dass E.ON Bayern auch in Zukunft ihr Leistungsfähigkeit bei gleichzeitiger regionaler Präsenz stehe: „Diese Präsenz wird durch den Ausbau von Dienstleistungen und die Integration des Geschäftsfeldes Gas in die E.ON Bayern AG weiter gestärkt.“

Rahmenvereinbarung

Details der kommunalen Rahmenvereinbarung, der sich über 90 Prozent der bayerischen Kommunen angeschlossen haben, erläuterte Kommunalbetreuer Markus Windisch. Damit hätten die Städte und Gemeinden Preissicherheit für die nächsten vier Jahre. Einem Wunsch vieler Bürgermeister entspreche E.ON Bayern mit einem neuen Straßenbeleuchtungsangebot. Kommunalbetreuer Johann Seebauer betonte hierzu, dass die Dienstleistungen in diesem Bereich wesentlich flexibler gestaltet wurden, um den Kommunen Kosteneinsparungen zu ermöglichen.

Begleitender Industriepfad

Zum Abschluss informierte der Schnaittenbacher Bürgermeister Josef Reindl, ein Preisträger des Umweltpreises 2005, über den „Geo-Park Kallinrevier Hirschau-Schnaittenbach“, in dem die Besucher auf die Nachhaltigkeit von Landschaftsnutzung, Landschaftspflege und Naturschutz hingewiesen werden sollen. Der Industriepfad versteht sich als Begleitmaßnahme zu dem von den Rohstoffbetrieben in Auftrag gegebenen Nachfolgekonzept. **C**

LEW
Lechwerke

Mit uns geht Ihnen ein Licht auf.

Straßenbeleuchtung für Kommunen.

Die Lechwerke lassen Sie nicht im Dunkeln stehen: Unsere Fachleute helfen auch Ihrer Gemeinde, mit individuellen Lösungen die Straßenbeleuchtung optimal an Ihre Bedürfnisse anzupassen. Wir wollen, dass alle sicher und gut nach Hause kommen. Mehr Informationen unter der Telefonnummer 08 21/328-13 69.

RWE Group

Contractingvertrag der Gemeinde Pommelsbrunn mit der N-ERGIE:

Erster Spatenstich für neues Schulheizhaus

Das Schulgebäude von Pommelsbrunn erhält im Frühjahr 2006 ein neues Heizsystem. Zusätzlich wird der gesamte Stromverbrauch der Schule optimiert. Dies sieht das Contracting vor, das die Gemeinde Pommelsbrunn mit der N-ERGIE Aktiengesellschaft am 19. August unterzeichnet hat. Die Gesamtinvestitionen der N-ERGIE für das kombinierte Energieliefer- und Einsparcontracting belaufen sich für die Laufzeit von 20 Jahren auf rund 350.000 Euro. Damit werden 34 Prozent der Wärmeenergie sowie 14 Prozent des Stromverbrauchs eingespart. Am 11. November war der erste Spatenstich für den Bau des neuen Heizhauses.

Die Ölheizungsanlage der Grundschule ist 30 Jahre alt und mit 500 Kilowatt Leistung deutlich überdimensioniert. Die Folge war ein schlechter Wirkungsgrad der beiden bisherigen Heizkessel. Das neue Heizsystem eine Hackschnitzelanlage, verfügt über eine für die Schulgröße optimale Kesselleistung von 300 Kilowatt.

Moderne Regelungstechnik

Zusätzlich sorgt eine neue Regelungstechnik dafür, dass jeder Raum der Grundschule je nach Nutzung und Bedarf geheizt wird. Vom Bauamt im Pommelsbrunner Rathaus oder dem Büro des Hausmeisters aus können die Mitarbeiter die Regelungen fernüberwachen und -steuern.

Eine neue Heizungsanlage dieses modernen Typs erfordert Investitionen, die die Gemeinde Pommelsbrunn hätte vorfinanzieren müssen. Deshalb entschieden sich der Gemeinderat und die Verwaltung nach eingehender Prüfung für ein kombiniertes Energieliefer- und Ein-

sondern auch für ein ökologisches Modell entschieden. Der nachwachsende Rohstoff Holz reduziert den Kohlendioxidstoß gegenüber der bisherigen Ölheizung um 87 Prozent oder 160 Tonnen. Die Gemeinde wird das Holz von heimischen Holzlieferanten beziehen.

Stromverbraucher optimieren

Das Contracting sieht neben der Erneuerung des Heizungssystems auch die Optimierung aller elektrischen Anlagen des Schulgebäudes vor. Der Austausch der bisherigen Schulbeleuchtung durch moderne Leuchtstofflampen, eine über Außenlicht und Bewegungssensor gesteuerte Turnhallenbeleuchtung und andere Maßnahmen werden 14 Prozent des bisherigen Stromverbrauchs ohne Komfortverluste einsparen.

Werner Oberleiter, erster Bürgermeister von Pommelsbrunn, und der Gemeinderat haben sich mit der N-ERGIE für einen Partner entschieden, mit dem sie eine langjährige und vertrauensvolle Zusammenarbeit verbindet. „Eine Vertragslaufzeit von 20 Jahren für ein solches Projekt ist zwar riskant. Aber bei der N-ERGIE weiß ich, dass sich Kompetenz und Erfahrung mit der Sicherheit eines großen Unternehmens der Region verbindet“, erläuterte Oberleiter beim Pressetermin. „Für Pommelsbrunn bedeutet das

Contracting, dass Gemeindegeld nicht gebunden werden muss und wir dennoch hochmoderne Technik aus einer Hand erhalten, die von lokalen Firmen eingebaut und gewartet wird.“

Die Schüler der drei vierten Klassen sind in die Modernisierung „ihrer“ Schule aktiv mit eingebunden. Gerda Hahn von der N-ERGIE Schulinformation initiierte gemeinsam mit Brigitte Pötzsch, Schulleiterin der Grundschule Pommelsbrunn, ein Schulprojekt, das Kinder zum effizienten und bewussten Umgang mit Energie anleitet.

Bis zum Einbau der neuen Heizung und dem Austausch der Schulbeleuchtung werden die Kinder mit Hilfe von Strommessgeräten der N-ERGIE den Stromverbrauch im Schulhaus messen und die Einsparung nach dem Austausch berechnen und dokumentieren. Das Ergebnis präsentieren die Kinder zur Inbetriebnahme der neuen Anlagen im Frühjahr 2006.

Interaktives Erarbeiten per Computeranimation

Gerda Hahn übergab der Schulleitung eine CD-Rom mit Lernsoftware zum Thema Strom für die 3. und 4. Klassen. Das Programm wurde von der N-ERGIE Schulinformation gemeinsam mit Lehrern in Anlehnung an den Grundschullehrplan entwickelt. Mit der Computeranimation erarbeiten sich die Kinder das Thema Strom Schritt für Schritt interaktiv, mit Spaß und Erfolgserlebnis.

Die N-ERGIE ist außerdem Pate für das Projekt „Klasse 2000“ an der Pommelsbrunner Schule, das sich für Gesundheitsförderung und Suchtvorbeugung in Grundschulen engagiert. C



Peter Saam (Leiter Kommunale Kunden der N-ERGIE) und Werner Oberleiter (Bürgermeister Pommelsbrunn) beim „Ersten Spatenstich“. Bild: N-ERGIE

Strom- und Gaswirtschaft:

Flottes Unbundling

Drei Monate nach Inkrafttreten des neuen EnWG ist das Unbundling in der deutschen Strom- und Gaswirtschaft weit fortgeschritten, ergab eine Untersuchung der Münchener Soziologin Nörr Stiefenhofer Lutz im Auftrag der EU-Kommission. Der deutsche Gesetzgeber habe die europäischen Vorgaben zum Unbundling exakt umgesetzt, teilweise deutlich über die Anforderungen hinaus.

Eine Stichprobe bei acht großen deutschen Übertragungs- und Verteilnetzbetreibern bei Strom und Gas habe gezeigt, dass das Unbundling sehr ernst genommen werde, so die Wirtschaftsprüfer.

Vorzeitige Umstrukturierung

Die Voraussetzungen fürs Unbundling seien organisatorisch, personell und bilanziell überwiegend bereits geschaffen, die Ausgliederung des Netzbetriebs in selbständige Gesellschaften, die Anfang Juli 2007 fällig sei, in er-

staunlich vielen Fällen schon erfolgt. Grund für die vorzeitige Umstrukturierung sei, dass die Energiewirtschaft das Unbundling weniger als kostentreibende Last als als Chance begreife, so die Studie.

Ein sauberes Unbundling nehme der Energiewirtschaft das Image des Monopolisten. Als Folge des Unbundling werde sich der Strom- und Gaspreis ausschließlich im Wettbewerb bilden, das natürliche Monopol Netz werde reguliert, die Durchleitungsentgelte würden staatlich genehmigt werden. C

SERVICEPLAN

Wer die Zukunft im Auge hat, hat in der Gegenwart Erfolg.



Wolf-Kersten Meyer, Geschäftsführer SWP Stadtwerke Pforzheim GmbH & Co. KG

Durch eine Zusammenarbeit mit der Thüga-Gruppe sind wir in der Lage, Kundennähe und Flexibilität jeden Tag neu zu leben und am Markt wettbewerbsfähig zu bleiben. Denn so können wir auch unsere Rolle als Wirtschaftsmotor für Pforzheim und die Region weiter ausbauen – und wichtige Arbeitsplätze sichern. Mehr unter www.thuga.de

thuga
DIE ENERGIEGRUPPE

Große Jahresrevision im Kernkraftwerk Gundremmingen

Gundremmingen (jdt). Auf die große Bedeutung der Kernenergie als „Rückgrat einer das Klima schonenden Energieversorgung in Bayern und Deutschland“ wies Dr. Helmut Bläsig, Technischer Geschäftsführer des Kernkraftwerkes Gundremmingen, bei einem Pressegespräch anlässlich der Revision von Block C des KKW in Gundremmingen hin.

Wörtlich betonte Dr. Bläsig: „Ohne Einschränkung ist festzustellen, dass Deutschlands mit rund 2700 Megawatt installierter elektrischer Leistung größter Kernkraftwerksstandort immer moderner wird und sich auf dem aktuellen Stand der Sicherheitstechnik befindet“. Allein die jetzige Revision von Block C erfordert einen Investitionsaufwand von über 40 Millionen Euro.

Tragende Säule

Die Jahresrevision, der große Check-up in einem Kernkraftwerk, wurde bei einem mehrstündigen Informationsrundgang vorgestellt als „eine tragende Säule der Sicherheitsphilosophie in Deutschland beim Betrieb kerntechnischer Anlagen“.

Prävention im Vordergrund

Hingewiesen wurde bei der Jahresrevision auf übliche, hunderte wiederkehrende Prüfungen mit vorbeugender Instandhaltung und vorausschauender Erneuerung von Bautei-

len und elektrischen Einrichtungen.

Seltene Einblicke

Live konnte die Presse unter anderem dem Brennelementwechsel im geöffneten Reaktordruckbehälter beiwohnen und anschließende Einblicke auf Notkühlsysteme, Ultraschallprüfungen, den entleerten Kühlturm, die geöffnete Turbine und den noch offenen neuen Generator werfen. Es waren Einblicke möglich, die nur selten möglich sind. Zur Besichtigung freigegeben war auch auf der Nordostseite des Kraftwerkgeländes das in diesen Wochen im Rohbau fertiggestellte Standortzwischenlager, wie es im Atomkonsens von 2000 und dem geänderten Atomgesetz vom 22. April 2002 festgelegt wurde.

Zweijähriger Turnus

Dr. Bläsig machte zu Beginn der Pressekonferenz darauf aufmerksam, dass seit dem 23. Oktober 2005 im KKW Gundremmingen die große Jahres-

revision und der 19. Brennelementwechsel im Block C liefen. Außerlich erkennbar sei die Revision an dem fehlenden zweiten Kühlturmschwaden: „Während wir in den Kraftwerksblöcken jeweils einmal pro Jahr neue Brennelemente einsetzen, quasi Brennstoff nachtanken, und eine 'kleine' Kurzrevision durchführen, finden die großen Jahresrevisionen in einem etwa zweijährigen Turnus statt. Heuer ist wieder eine solche große Revision im Gange, bei welcher der Kraftwerksblock auf 'Herz und Nieren' durchgeführt wird“.

Ständige Schulung

Unterstrichen wurde vom Technischen Geschäftsführer, dass besonders die Kernkraftwerke außerordentlich hohen Sicherheitsanforderungen unterliegen. Damit der auf höchstem Sicherheitsniveau ablaufende Betrieb der Anlagen gewährleistet bleibe, würden nicht nur die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ständig trainiert und geschult, sondern auch Jahr für Jahr zum Beispiel am Standort Gundremmingen ein dreistelliger Millionenbetrag in die kontinuierliche Optimierung, vorbeugende Instandhaltung und vorausschauende Erneuerung gesteckt.

Beitrag zum Klimaschutz

Aufmerksam gemacht wurde darauf, dass der Block C des Kernkraftwerkes Gundremmingen eine Nennleistung von 1344 Megawatt (= 1,344 Millionen Kilowatt) hat. In Summe wurden von Block

C seit dem 27. September 2004, also in etwa 13 Monaten, ohne ungeplante Unterbrechungen rund 12 Milliarden Kilowattstunden Strom produziert, eine Menge, die dem durchschnittlichen Jahresstromverbrauch von rund 3,4 Millionen Haushalten entspricht. Nicht unerheblich sei, wie Bläsig herausstellte, der damit verbundene Beitrag zum Klimaschutz. Die Stromproduktion im Block C habe der Umwelt die Belastung mit ungefähr 12 Millionen Tonnen des Treibhausgas Kohlendioxid (CO₂) erspart. Dies entspreche etwa der Menge, die der gesamte derzeitige Pkw-Bestand Deutschlands mit rund 45 Millionen Fahrzeugen innerhalb von fast zwei Monaten ausstoße.

152 neue Brennelemente

Im Rahmen des diesjährigen 19. Brennelementwechsels werden insgesamt 164 von 784 Brennelementen ausgetauscht, wie auch bei der Besichtigung vorgeführt wurde. Ganz neu sind davon 152 Brennelemente. Zwölf Brennelemente waren schon einmal für mindestens einen Zyklus im Reaktor eingesetzt.

Generator kam auf Schiff und Schiene

Der Austausch des Generators ist eines der wichtigsten Vorhaben bei den Revisionsarbeiten 2005. Er wurde nach neuesten Erkenntnissen in Deutschland hergestellt und verfügt über eine maximale Leistung von 1640 Megawatt. Von einem Schubschiff wurde das gesamte Gespann mit seinem Gesamtgewicht von 673 Tonnen ab Mülheim an der Ruhr über Ruhr, Rhein und Main in vier Tagen zum Nürnberger Hafen gebracht. Dort wurde umgeladen auf zwei je 18,8 Meter lange 12-Achs-

Schienefahrzeuge, die jeweils 350 Tonnen tragen können. Drei Tage dauerte der Transport des 670 Tonnen schweren Schienengespanns nach Gundremmingen.

Mehrschichtbetrieb

Bei der aufwendigen Revision 2005, die rund 40 Millionen Euro kostet, sind u.a. bis zu 60 unabhängige Sachverständige und Gutachter eingeschaltet. Zu den 750 ständigen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen kommen während dieser Zeit bis zu 1400 zusätzliche Fachleute von etwa 100 Fremd- und Service-Firmen dazu. Zum Großteil wird im Mehrschichtbetrieb rund um die Uhr gearbeitet. Dr. Bläsig wies darauf hin, dass bei Auftragsvergaben möglichst viele Firmen aus der Region Berücksichtigung finden. Rund ein Drittel der zusätzlichen Beschäftigten bei der Revision komme aus Bayerischer-Schwaben.

Für 192 Castorbehälter

Voll im Zeitplan liegt der Bau des 30 Millionen Euro kostenden Standortzwischenlagers. Es soll ab Mitte 2006 für die auf 40 Jahre genehmigte Lagerung von 192 Castorbehältern mit jeweils 52 abgebrannten Brennelementen zur Verfügung stehen. Voraussetzung ist, wie dargelegt wurde, dass das gerichtliche Verfahren zum Zwischenlager bis dahin positiv abgeschlossen ist („Beklagt ist in dem Verfahren das Bundesamt für Strahlenschutz.“).

Auf 293 Bohrpfehlen

Das Standortzwischenlager ist zweischiffig, 104 Meter lang, 38 Meter breit und 18 Meter hoch. Verarbeitet wurden ungefähr 21000 Kubikmeter Beton und 2850 Tonnen Baustahl. Die Halle wurde er-

richtet auf 293 Bohrpfehlen aus Stahlbeton, die bis 26 Meter in die Tiefe gehen. Jeweils 50 Tonnen schwer sind die zwei Abschirmtüre zu den beiden Hallenhälften, 8,40 Meter hoch, 4,50 Meter breit, einen halben Meter dick und mit Beton ausgegossen.

Planungssicherheit nötig

Eine Kernaussage von Dr. Bläsig war der Hinweis darauf, dass „Energieerzeugungsanlagen wie zum Beispiel Kernkraftwerke zu den langlebigen Wirtschaftsgütern gehören. Sie erfordern hohe Anfangsinvestitionen und benötigen deshalb belastbare Perspektiven und ein hohes Maß an Planungssicherheit“. Die Bedeutung der Kernenergie für die ökologische Stromversorgung gerade auch in Bayern verdiene große Beachtung.

Unverzichtbarer Beitrag

Die Kernenergie trage mit einem Anteil von über 60 Prozent zur Strombedarfsdeckung im Freistaat Bayern bei und leiste zusammen mit dem fast 20-prozentigen Wasserkraftanteil in Bayern einen unverzichtbaren Beitrag zum Klimaschutz und zur Wettbewerbsfähigkeit. Ein Ersatz durch einen Mix aus Erdgas und Steinkohle würde allein in Bayern zu einer Verdreifachung der jährlichen CO₂-Emissionen bei der Stromerzeugung führen.

Energie-Mix angemahnt

Von Dr. Bläsig wurde ein gesunder Energie-Mix aus Kernenergie, fossilen Kraftwerken und regenerativen Energien angemahnt („Wir müssen weg von ideologischen Grabenkämpfen hin zu einer ganzheitlichen, pragmatischen Energiepolitik“).

jdt

e.plus+

Ein + verbindet.

**Bürger + Verwaltung,
Enkel + Großeltern,
Handwerker + Kunden,
Umwelt + Initiative...**

Über drei Viertel der Bevölkerung telefonieren mobil. Es gibt bereits mehr Handy- als Festnetzanschlüsse. Mobile Kommunikation erweitert die Möglichkeiten, sich schnell, flexibel und umfassend zu informieren – beruflich und privat.

Mobilfunk ist Standortpolitik

Pflege- und Sozialdienste, Handwerksbetriebe, mittelständische Unternehmen und Selbstständige sind auf leistungsfähige Mobilfunknetze angewiesen.

Mobilfunk ist sicher

E-Plus betreibt eines der modernsten und sichersten Mobilfunknetze in Deutschland. Im Dialog setzen wir uns für eine breite Akzeptanz dieser Zukunftstechnologie ein. Wir informieren persönlich, sachlich und umfassend.

Informieren und planen

Unsere regionalen Mitarbeiter betreuen die Abstimmungsprozesse in allen Kommunen. Sie stehen für Fragen zu Umwelt und Netzaufbau zur Verfügung. Sprechen Sie uns an. Wir sind für Sie da.

E-Plus Mobilfunk GmbH & Co. KG
Geschäftsstelle Süd
Telefon +49-89 42 777-201, Fax +49-89 42 777-209
E-Mail: emvinfo@eplus.de, www.eplus.de/umwelt

Straubing-Sand:

„Mini-Holz-Briketts“ als Ölersatz

Produktionsstart von Europas größtem Pelletwerk

Nachwachsende Rohstoffe sorgen in Niederbayern für umweltfreundliche Energie und überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum. Herz der Entwicklung ist ein deutschlandweit beispielloses Kompetenzzentrum. Wissenschaftler und Techniker erforschen dort, wie das Leben ohne Öl und Gas funktionieren kann. Beflügelt von den Ideen der Alternativ-Energie-Visionäre entsteht zurzeit nahe Straubing Europas größtes Pelletwerk. Die Produktion soll in Kürze beginnen.

Pro Jahr sollen in dem Unternehmen ab kommendem Mai 120.000 Tonnen der „Mini-Briketts“ aus gepressten Holzabfällen hergestellt werden. Weil die Nachfrage seit dem ständig steigenden Ölpreisen so groß ist, will die Unternehmensleitung den Werksausbau jetzt beschleunigen. Die geplante maximale Produktionskapazität soll bereits 2006 erreicht werden – ursprünglich war das Jahr 2010 geplant.

Monatelange Wartezeit

Wer eine Holzpellet-Heizung hat, kann über Ölpreisteigerung und die Preis-Treibereien auf dem Gasmarkt nur müde lächeln. Immer mehr Bauherren setzen deshalb jetzt auf die kleinen Presspan-Stäbchen als neuen Energieträger für die Heizung im Eigenheim. Die Nachfrage boomt: Derzeit gibt es für Pellet-Heizungsanlagen monatelange Wartezeiten.

Visionen bestätigt

„Der Markt wächst im Moment um gut 50 Prozent pro Jahr“, betont Thomas Schmidmeier, Chef der Schmidmeier

UmweltTechnologie AG in Straubing, deren Tochterunternehmen CompacTec das neue Pelletwerk auf dem 19.000 Quadratmeter großen Betriebsgelände betreibt. „Unsere Visionen werden damit mehr als bestätigt“, meint der Unternehmer.

Marktführer

Das junge Unternehmen ist bereits heute Marktführer bei dem Ölersatz aus Holzabfällen. Mehr als 7000 Kunden quer durch das Bundesgebiet beliefert die Firma von Straubing aus, langfristig sollen es bis zu 40.000 Haushalte werden.

Pläne für weitere Anlage

Schmidmeier schmiedet bereits Pläne für den Bau einer weiteren Anlage in Deutschland. Ende des Jahres fällt die Entscheidung. Der Standort des neuen, größten Pelletwerkes auf dem Kontinent ist nach Überzeugung des Unternehmers optimal. „Hier in Straubing-Sand liegt uns durch die exzellente Verkehrsanbindung logistisch ganz Deutschland und Europa zu Füßen.“

DK



„OHRIS“ für Kernkraftwerk Gundremmingen

Gundremmingen - Als erstes Kernkraftwerk wurde das Kernkraftwerk Gundremmingen vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz mit dem Zertifikat für das Arbeitsschutz-Management-System „OHRIS“ ausgezeichnet. Bei der Übergabe der Ehrenurkunde an Dr. Helmut Bläsig (Technischer Geschäftsführer des Kernkraftwerkes Gundremmingen, rechts im Bild) nannte Staatssekretärin Emilia Müller „OHRIS in Gundremmingen ein gutes Beispiel.“

„OHRIS“ (Occupational Health- and Risk-Managementssystem) wurde von der Bayerischen Gewerbeaufsicht, die zum Umweltministerium gehört, und der Bayerischen Wirtschaft gemeinsam als betriebliches Arbeitsschutz-Management-System entwickelt. Verliehen wird das Zertifikat auf drei Jahre. Staatssekretärin Müller stellte fest, Ziel der Bayerischen Staatsregierung sei es, die Eigenverantwortung der Unternehmen verstärkt zu fördern und zu fördern, um zugleich staatliche Regulierungen, wo immer es möglich sei, zurück zu nehmen. Technischer Geschäftsführer Dr. Bläsig hob hervor: „REW Power, und damit natürlich auch ihre Kernkraftwerke, haben im Jahr 2004 beschlossen, dem Thema Arbeitssicherheit eine noch höhere Bedeutung zu geben. Das gesundheitliche Wohlbefinden der Betriebsangehörigen steht im Kernkraftwerk Gundremmingen ebenso im Mittelpunkt wie der auf höchstem Sicherheitsniveau ablaufende Betrieb der Anlagen.“

Text und Bild: jdt

Forschungsprojekt:

Alterungsmechanismen von ölisolierten Stromkabeln

Wissenschaftliche Kooperation zwischen Uni Erlangen-Nürnberg und der N-ERGIE sowie der amerikanischen Firma IMCORP für die nächsten vier Jahre vereinbart

Die Liberalisierung des Strommarktes zwingt zukünftig die Stromversorgungsunternehmen, ihr Stromnetz bei sinkenden Investitionen in einem versorgungssicheren Zustand zu halten. Aus diesem Grund haben der Rektor der Universität Erlangen-Nürnberg, Prof. Dr. rer. pol. Karl-Dieter Gröske, Prof. Dr.-Ing. habil. Gerhard Herold, N-ERGIE Vorstandsmitglied Werner Juling, NexaTec-Geschäftsführer Gerhard Schwarz und Frank Verschraegen, technischer Direktor IMCORP-Europa, ein Forschungsprojekt zwischen dem Lehrstuhl für Elektrische Energieversorgung an der Universität Erlangen und dem regionalen Energieversorger vereinbart.

Das Forschungsprojekt ist auf eine Zeit von vier Jahren ausgelegt und beschäftigt sich mit der zerstörungsfreien Untersuchung von verschiedenen Kabeltypen. Weiter sollen konkrete Aussagen über den Zustand und die Alterung sowie die störungsfreie Betriebsdauer (Durchschlagswahrscheinlichkeit) von Hoch- und Mittelspannungskabeln getroffen werden können. Zuerst soll ein Modell für die Alterung von Massekabeln entwickelt und anschließend untersucht werden, welche Rückschlüsse man mit Hilfe von Teilentladungshäufigkeit und Verlustwinkel (Tangens-delta tand)-Messung auf die Alterung ziehen kann.

Diagnoseverfahren

Insgesamt wird angestrebt, ein zuverlässiges Diagnoseverfahren zu entwickeln, um Aussagen über die Restlebensdauer von Kabeln aller Art treffen zu können. Die Forschungsergebnisse sollen durch praktische Versuche untermauert werden.

Die NexaTec GmbH und die N-ERGIE Aktiengesellschaft haben als einziges deutsches Energieversorgungsunternehmen bereits vor einem Jahr einen Kooperationsvertrag mit dem amerikanischen Unternehmen Imcorp über Messdienstleistungen im Mittelspannungsbereich geschlossen und Erfahrungen gesammelt. Viele Gemeinde- und Stadtwerke nutzen bereits die Dienstleistungen zur zerstörungsfreien Kabeldiagnose.

Stadt Nürnberg:

Energiepässe für städtische Gebäude

Auf Initiative des Baureferats beteiligt sich die Stadt Nürnberg an einem bundesweiten Feldversuch zur Erstellung von Energiepässen für Nichtwohngebäude. Das Projekt dient der Vorbereitung der neuen Energieeffizienzverordnung 2006 - diese soll die gegenwärtig gültige Energieeinsparverordnung ablösen.

Baureferent Wolfgang Baumann erläutert die Hintergründe: „Die Ermittlung und Dokumentation der Gebäudeenergieeffizienz in Energiepässen soll mehr Transparenz am Immobilienmarkt schaffen. Käufer, Mieter und Nutzer sollen künftig sofort erkennen können, wie die Energiebilanz eines Gebäudes aussieht. Die Hausbesitzer sollen darüber hinaus dazu veranlasst werden, in die Energieeffizienz der von ihnen vermieteten Gebäude zu investieren. Beides ist nicht nur in Zeiten hoher Energiepreise sehr sinnvoll. Die Stadt Nürnberg beteiligt sich daher mit dem „Alten Rathaus“ an dem Versuch.“ Bis Ende November diesen Jahres wird ein Energiepass für das Gebäude erstellt und für die Öffentlichkeit sichtbar ausgehängt.

Neuer Bilanzierungsansatz

Während die derzeit gültige Energieeinsparverordnung für die Bereiche Heizung und Warmwasser bereits eine ganzheitliche Betrachtungsweise eingeführt hat, musste zur Integration der Themen Kühlung und

Bis in die siebziger Jahre wurden im Mittelspannungsbereich vor allem ölisolierte Stromkabel eingesetzt, die seitdem mehr und mehr von den Kunststoffkabeln verdrängt werden. Bei einer durchschnittlichen Lebensdauer von ca. 50 Jahren stellen die Massekabel immer noch einen erheblichen Anteil an den bereits verlegten Netzen dar. Bei Massekabeln besteht die Isolierung nicht aus Kunststoff, sondern aus ölgetränktem Papier. Die Papier-Öl-Isolierung verliert aber sehr schnell ihre elektrische Festigkeit, wenn Feuchtigkeit in das Kabel eintritt.

Weiterentwicklung der Messtechnik im Visier

Eine Weiterentwicklung der Massekabel stellen die Ölkabel dar, die im Hoch- und Höchstspannungsbereich bisher recht häufig verwendet worden sind. Zusätzlich zur Isolierung aus ölgetränktem Papier wird durch Ölkäbel dünnflüssiges Öl in das Kabel gedrückt. Es dringt in eventuelle Hohlräume ein, so dass die Gefahr von Teilentladungen entfällt. Das amerikanische Messunternehmen Imcorp erhofft sich von den Ergebnissen eine Weiterentwicklung ihrer Messtechnik. Dabei spielt das Kundeninteresse in Form einer gezielten Investitionssteuerung eine entscheidende Rolle.

„Aus der Zusammenarbeit mit der Universität Erlangen-Nürnberg und mit den Ergebnissen aus dem Forschungsprojekt er-

wartet die N-ERGIE Rückschlüsse auf genauere Investitionsplanungen im Mittelspannungsnetz.“ so N-ERGIE Vorstand Werner Juling. „Durch die Regulierungsbehörde werden sich die Netznutzungsentgelte senken und damit sind wir in Zukunft gezwungen, Kapital für Ersatz- und Neuinvestitionen im Stromnetz-bereich vorausschauend und gezielt einzusetzen.“

Fruchtbare Anregungen

Der Lehrstuhl für Elektrische Energieversorgung hofft, mit

103.000 Euro für Biomasse-Heizwerk Feuchtwangen

Für den Bau eines Biomasseheizwerks hat Landwirtschaftsminister Josef Miller den Stadtwerken Feuchtwangen, Lkr. Ansbach, einen Zuschuss von rund 103.000 Euro aus Mitteln der Europäischen Union zugesagt. Die Gesamtkosten für die Anlage liegen bei etwa 700.000 Euro.

Sie versorgt das Schulzentrum in Feuchtwangen, das aus Volksschule, Hallenbad, Gymnasium, Realschule und Turnhalle besteht, mit umweltfreundlicher Biomasse. Herzstück des neuen Heizwerks ist ein Holzhackschnittkessel mit 600 Kilowatt Leistung.

Miller bezeichnete die Investition als hervorragendes Beispiel für eine Klima- und Ressourcen schonende Energieversorgung. Der Einsatz von Biomasse spart jährlich 225.000 Kubikmeter Erdgas und vermeidet so den Ausstoß von rund 500 Tonnen Kohlendioxid. Denn bei der Verbrennung von Holz wird nur so viel des Treibhausgases freigesetzt, wie vorher beim Aufwuchs gebunden wurde. Landesweit gibt es derzeit 246 geförderte Biomasseheizwerke und -heizkraftwerke.

Angesichts knapper werden-der fossiler Brennstoffe kommt

Leuchung ein neuer Bilanzierungsansatz entwickelt werden. Dies wurde in Form der neuen DIN V 18599 realisiert. Um die praktische Anwendbarkeit dieser Norm zu testen und den erforderlichen Aufwand für die Energiepasserstellung zu ermitteln, startete die Deutsche Energie-Agentur (dena) im September 2005 einen Feldversuch mit Nichtwohngebäuden. Dazu wurden aus einer Bewerberliste bundesweit etwa 40 Gebäude mit unterschiedlichsten Nutzungen, Baualterstufen und Standorten ausgewählt.

Niveau überschritten

Die neuen europäischen Anforderungen gehen über das Niveau der bisherigen deutschen Energieeinsparverordnung hinaus. Unter anderem wird gefordert, dass bei Gebäuden von Behörden und öffentlichen Einrichtungen mit Parteiverkehr und einer Gesamtnutzfläche von über 1.000 Quadratmetern ein Energiepass, also ein Ausweis über die Gesamtenergieeffizienz, an einer für die Öffentlichkeit gut sichtbaren Stelle ausgehängt werden muss. **DK**

den Ergebnissen des Forschungsprojektes zu einer zuverlässigen und wirtschaftlichen Stromversorgung beitragen zu können und damit den Erwartungen der Vertragspartner zu entsprechen. Aus einer solchen Zusammenarbeit mit Praxispartnern verspricht sich die Universität außerdem fruchtbare Anregungen für die wissenschaftliche Arbeit.

Profitable Zusammenarbeit

„Es ist sehr erfreulich, dass der an der Universität Erlangen-Nürnberg vorhandene Sachverstand abgerufen wird, um ein konkretes Problem der Energieversorgung in der Region mit wissenschaftlichen Methoden zu lösen. Von dieser Zusammenarbeit können alle Partner nur profitieren.“ so Prof. Dr. Karl-Dieter Gröske, Rektor der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. **C**



Prof. Dr. rer. pol. Karl-Dieter Gröske, Rektor der Universität Erlangen-Nürnberg (l.) und N-ERGIE-Vorstand Werner Juling (r.) bei der Vertragsunterzeichnung. Bild: N-ERGIE AG

Interesse Bayerns an vermehrtem Erdgaseinsatz

Bayern hat großes Interesse an einem vermehrten Erdgaseinsatz und setzt dabei auch künftig auf Lieferungen aus Russland. Es sei bei seiner Energieversorgung zu 75 Prozent von Importen abhängig. Das Erdgas werde zu 100 Prozent eingeführt und stamme vollständig aus Russland. Die seit 30 Jahren bestehenden bayerisch-russischen Lieferbeziehungen hätten sich als sehr stabil erwiesen und sogar Kalten Krieg und Umbruchzeiten problemlos überdauert. Diese Zahlen förderte eine Anhörung im Bayerischen Landtag zu Tage.

Erdgas könne einen wesentlichen Beitrag zu einem breiter angelegten Energiemix und damit zur Sicherheit und Stabilität der Energieversorgung insgesamt leisten. Zu diesem Schluss kommen Franz Pschierer, der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie im Bayerischen Landtag, und Henning Kaul, Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz. Gas bietet gegenüber Öl laut Kaul die Chance, wegen seiner längerfristigen Verfügbarkeit und seiner Umweltfreundlichkeit die Klimaschutzpolitik Bayerns zu unterstützen und den CO₂-Ausstoß zu verringern. „Wirtschaft und Verkehr brauchen sichere, preisgünstige und umweltfreundliche Energieformen, um das notwendige Wachstum verantwortungsvoll bewältigen zu können“, sagte Pschierer. „Erdgas kann als wirtschaftlich realistische Ausgangsbasis die Grundlage für die Erzeugung von Wasserstoff und den Einsatz der Brennstoffzelle sein“, blickte Kaul in die Zukunft. **C**

Komplexe Fragen fordern verständliche Antworten

Wie vielschichtig eine Frage auch ist – gemeinsam mit Ihnen erarbeiten wir transparente und individuelle Lösungen. Wir informieren Sie unter anderem zu Rechten und Pflichten kommunaler Aufsichtsräte und beraten Sie zum Thema Risikomanagement bei kommunalen Unternehmen. Dabei greifen wir auf unser breites Leistungsspektrum zurück – denn nur wer das Ganze im Blick hat, erkennt Zusammenhänge.

Diese Philosophie hat uns zu dem gemacht, was wir heute sind: eine der führenden Prüfungs- und Beratungsgesellschaften in Deutschland. Als Mitglied von Deloitte Touche Tohmatsu stützen wir uns auf das Know-how von 120.000 Mitarbeitern in der ganzen Welt – zu Ihrem Nutzen.

Deloitte.

Wirtschaftsprüfung · Steuerberatung · Consulting · Corporate Finance

Business Tower, Ostendstraße 100, 90482 Nürnberg,
Tel +49 911 23074-17, Fax +49 911 23074-26, www.deloitte.com/de

© 2005 Deloitte & Touche GmbH

Risikomanagement bei kommunalen Unternehmen

Von Herbert Reiß und Prof. Dr. Thomas Edenhofer, Deloitte & Touche GmbH

Die Kontrollorgane deutscher Unternehmen sind seit einigen Jahren in die Kritik geraten. Weder Aufsichtsräte noch Abschlussprüfer werden ihren Überwachungsaufgaben gerecht, so lautet der Vorwurf in der veröffentlichten Meinung und aus der Politik. Daher wurde den Vorständen durch das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) in § 91 Abs. 2 AktG auferlegt, im Rahmen der bestehenden Sorgfaltspflichten für ein angemessenes „Risikomanagement“ zu sorgen.

Das Management hat geeignete Maßnahmen zu treffen um zu gewährleisten, dass den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen frühzeitig erkannt werden. Zu den zu ergreifenden Vorkehrungen gehört auch die Einrichtung eines Systems, das die Aufgabe hat, die Einhaltung der zu treffenden Maßnahmen zu überwachen. Bei kommunalen Unternehmen wird das Risikomanagementsystem im Rahmen der Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung (53 HGrG) beurteilt. Bei börsennotierten Gesellschaften ist das im Rahmen der Jahresabschlussprüfung zu beurteilen und für alle anderen Gesellschaften ohne Beteiligung einer Kommune geht der Gesetzgeber von der Ausstrahlungswirkung des § 91 Abs. 2 AktG aus.

Was ist „Risiko“ und „Risikomanagement“?

Als Risiko wird nach allgemeinem Sprachgebrauch eine Gefahr, also der mögliche Eintritt eines schädlichen Ereignisses bezeichnet. Der Risikomanager muss wissen, was schiefgehen kann und wo sich

Chancen bieten. Unbekannte Einflüsse sind dabei kreativ abzutasten: Gute Erfahrungen beutagen. Aber wann ist diese Ruhe in einer Zeit des permanenten Wandels gerechtfertigt? Dafür dient das Risikomanagement, also die systematische und kontinuierliche Analyse und Bewertung der Erfolgsbedingungen unter denen ein Unternehmen tätig ist sowie die Ergreifung geeigneter Maßnahmen zur Risikohandhabung. Für die praktische Umsetzung ist es ganz wichtig, dass die „geeigneten Maßnahmen“ unter Berücksichtigung von „Art und Größe“ der Gesellschaft, in Abhängigkeit von der Branche und den tatsächlichen Geschäften sowie von der Struktur des Unternehmens zu bestimmen sind. Jedes Risikomanagement vollzieht sich in 5 typischen Phasen:

Phase 1: Unternehmensziele festlegen

Unternehmensziele finden sich in den Kernstrategien eines Unternehmens wieder, Strategien die das Leistungsangebot, Beziehungen zu Kunden, Lieferanten, Mitarbeitern und nicht zu

letzt zu Anteilseignern definieren. Es ist Aufgabe des Managements, Strategien zur Erreichung der Unternehmensziele zu entwickeln und die damit verbundenen operationalen Planungen („Business-Plan“) aufzustellen.

Phase 2: Schlüsselrisiken des Unternehmens identifizieren

Die Risikoidentifizierung ist eine der Voraussetzungen für die spätere Risikosteuerung. Hier werden erfahrungsgemäß schwerwiegende Fehler gemacht, wenn man den Vorgang nicht hinreichend systematisiert und dokumentiert. In der Praxis ist es von Nutzen, in sog. Strategische Risiken, Operative Risiken und Informationsrisiken zu unterscheiden. Wichtig ist, dass man sich bei all diesen Betrachtungen und Analysen auf die Schlüsselrisiken konzentriert und beschränkt und systematisch vorgeht.

Phase 3: Generelle Auswirkungen der Risiken beurteilen und die Wahrscheinlichkeit des Eintritts dieser Risiken abschätzen

Wenn ein geschäftliches Risiko identifiziert ist, müssen von der Geschäftsführung die beiden Schlüsseldimensionen eines Risikos, nämlich die generelle Auswirkung eines Risikos auf die



Herbert Reiß.



Prof. Dr. Thomas Edenhofer.

Unsere Autoren

Herbert Reiß:

Geschäftsführender Partner, Wirtschaftsprüfer/Steuerberater Prüfung und Beratung von Unternehmen der öffentlichen Hand, von offenen Immobilienfonds sowie von börsennotierten und privaten Unternehmen; Leader Strategic Clients Program; Mitglied des European Strategic Midmarket Councils
eMail: hreiss@deloitte.de

Prof. Dr. Thomas Edenhofer:

Partner, Wirtschaftsprüfer/Steuerberater Generalist in der Prüfung und Beratung multinationaler und nationaler (einschl. kommunaler) Unternehmen mit Schwerpunkten in Einzel- und Konzernabschlussprüfungen; Sonderprüfungen/Interne Revision; Unternehmensbewertung; Unternehmenskauf/-verkauf; Umstrukturierungen; Mitglied der Deloitte Industry Line TMT (Technology, Media, Telecommunication)
eMail: tedenhofer@deloitte.de
Zusammenfassung
Kontakt Deloitte & Touche GmbH: Ostendstr. 100, Business Tower, 90482 Nürnberg, Tel. 0911/23074-0, Fax: 0911/23074-26
Internet: www.deloitte.com/de

Erreichung der Unternehmensziele und die Wahrscheinlichkeit des Eintritts dieses Risikos analysiert werden. In vielen Fällen können diese Schlüsseldimensionen aber nur grob eingeschätzt werden.

Das Ergebnis der vorgenommenen Beurteilung ist Grundlage für die Definition und Auswahl der anzuwendenden Handlungsalternativen.

Phase 4: Regeln für den Umgang mit Risiken definieren und anwenden

Hat ein Risiko eine hohe Eintrittswahrscheinlichkeit und eine hohe Auswirkung würde man sicher die Strategie der Risikovermeidung fahren, also z.B. ein Geschäft erst gar nicht eingehen. Hat ein Risiko dagegen umgekehrt nur eine geringe Eintrittswahrscheinlichkeit und eine geringe Auswirkung, dann kann man das Risiko eingehen und auch tragen, weil andere Maßnahmen ineffizient wären. In allen anderen Fällen ist die Strategie der Risikosteuerung/Risikobeherrschung/Risikokontrolle erforderlich, also z.B. das Liquiditätsmanagement, das Vertragsmanagement, die sorgfältige Mitarbeiterauswahl, das interne Kontrollsystem oder die Interne Revision.

Phase 5: Kontinuierliche Beobachtung des Risikomanagement-Prozesses

Risikomanagement ist keine einmal wahrzunehmende oder ad-hoc auszuübende Aufgabe der Geschäftsführung eines Unternehmens, sondern ein kontinuierlicher Prozess. Zur Beurteilung des Zielerreichungsgrades und zur Identifizierung von Veränderungen der internen Organisationsanforderungen und des externen Unternehmensumfeldes bedarf es einer kontinuierlichen Beobachtung des gesamten Risikomanagement-Prozesses und des Unternehmensumfeldes. Nur mit dem erforderlichen Wissen über Entwicklungen und Veränderungen kann angemessen reagiert und angepasst werden.

Risikomanagement in Theorie und Praxis

Theoretisch hat man alles getan. Und dennoch: Risiken werden Wirklichkeit. Aus der Bedrohung wird eine Tatsache. Nicht erreichte Ziele und erlittene Schadensfälle beweisen, dass

etwas nicht stimmt. Natürlich hat jedes derartige Ereignis seine besonderen, unternehmens- und branchenspezifischen Aspekte, die zu untersuchen sind. Aber unabhängig davon haben Verluste oder Schäden Gründe, die nicht unbedingt durch Risikomanagement bewältigt werden können. Hierzu gehören z.B.: Unzureichendes Risiko- und Kontrollbewusstsein der Unternehmensleitung, weil dadurch der Wirkungsgrad des Risikomanagements geschwächt wird. Oder: Menschen können unter Druck Schwächen zeigen, die man nicht erwartet hätte. Charakter-schwächen bleiben unerkannt. Unachtsamkeit führt zu Unfällen. Oder: Irren ist menschlich, d.h. auch bei perfekter Entscheidungsgrundlage kann die Entscheidung selbst falsch sein. Oder: Die Befähigung von Mitarbeitern wird eher nachlässig gehandhabt, Anweisungen und Aussagen von Vorgesetzten sind unklar oder gar widersprüchlich, Vorfälle werden nicht berichtet.

Durch all diese „Zufälle“ können Risiken Wirklichkeit werden. Damit die Unternehmensleitung aber so viele Chancen wie möglich wahrnehmen kann, sollte durch ein geeignetes Risikomanagement dafür gesorgt werden, dass so wenige offene Flanken für Risiken wie möglich bestehen. C

München leuchtet am Gasteig

Zwanzig Jahre alt geworden ist das Münchner Kulturzentrum Gasteig. Grund genug für die Landeshauptstadt, ihren Musentempel mit zahlreichen Ehrengästen und der Bevölkerung ausgiebig zu feiern.

Obwohl das Mammut-Gebäude, als „Palazzo Protzo“ und „Kunsthunker“ verschrien, von Leonard Bernstein mit einem „burn it!“ verteuelt und von namhaften Kritikern als seiner defizitären Aussicht auf die Landeshauptstadt mindestens ebenso verflucht wurde wie wegen seiner Akustik, wurde es von den Münchnern hervorragend angenommen.

In der festlichen Matinee am vergangenen Samstag zeigte sich Oberbürgermeister Christian Ude sichtlich stolz darüber, dass der Kulturtempel deutschlandweit allerbeste Zahlen aufweisen kann: Mehr als eine dreiviertel Million Menschen kommen jährlich in die Stadtbibliothek, die Philharmonie, die städtische Sing- und Musikschule, das Richard-Strauss-Konservatorium, zur Volkshochschule; sie besuchen Konzerte, Theatervorführungen, Lesungen, Kabarett...

Udes Dank galt nicht zuletzt seinem Vorgänger Georg Kronawitter, der die Kulturfabrik allen Unkenrufen zum Trotz erkämpfte. Die Lacher auf seiner Seite hatte der Oberbürgermeister, als er versicherte, dass der Musenbunker die Münchner Stadtsilhouette nicht verschandelt - trotz der exponierten Lage am Isar-Hochufer übersteigt die 100-Meter-Höhengrenze nicht, die der Alt-OB seinem Nachfolger via Bürgerscheid abgezungen hat.

Ob und Anerkennung zollte auch Kunstinstitutor Dr. Thomas Goppel, der für seine launige Rede ebenso mit begeistertem Beifall bedacht wurde, wie zuvor der OB. Gemeinsam gestalteten Staat und Stadt ein herausragendes Kunst- und Kulturprogramm.

Dass die Kulturfabrik zu Höchstleistungen fähig ist, beweisen in wohlrunder Vielfalt ein exquisites Festprogramm, das gemeinsam von der Geschäftsführerin der Gasteig München GmbH, Brigitte von Welsler, und ihrem Aufsichtsratsvorsitzenden, 3. Bürgermeister Hep Monatzeder, moderiert wurde.

Eingestimmt wurden die Gäste mit Alphonspiel von Hornroth. Es folgte ein Geburtstagsständchen des Kinderchors der Städtischen Sing- und Musikschule. Margarita Burkhardt ließ in einem eigens für den Anlass komponierten und getexteten Lied den Gasteig hochleben.

Nach den launigen Festansprachen präsentierten die Münchner Philharmoniker unter der Leitung von Zubin Mehta Camille Saint-Saëns' Symphonie Nr. 3 c-moll op. 78 „Orgelsymphonie“, Friedemann Winkhofer war der Solist an der restaurierten Orgel. Begeisterte Stürme erteten Salome Kammer und Peter Ludwig, die als „Gasteig-Gurgler“ mit ebensoviel stimmlichem wie intellektuellem Volumen die Kulturreferentin der Landeshauptstadt, Prof. Dr. Lydia Hartl, musikalisch umrahmten und die Vielfalt des Kulturbunkers besangen. Es folgte das Jazzensemble des Richard-Strauss-Konservatoriums: „Two-O“ unter der Leitung von Kurt Maas. Der Philharmonische Chor München unter der Leitung von Andreas Herrmann verzückte das Publikum mit seinem Querschnitt aus Carl Orffs „Carmina Burana“.

Starke Stütze im Baurecht

Für alle Fragen des bayerischen Baurechts

Kernstück des Werks ist die ebenso ausführliche wie gut strukturierte Kommentierung der Bayerischen Bauordnung. Wegen der umfassenden und grundlegenden Erläuterungen fast aller baurechtlichen Aspekte und der Synopse mit den Bauordnungen anderer Bundesländer ist der »Simon/Busse« auch außerhalb Bayerns ein wertvolles Werkzeug.

Neu mit Stand September 2005:

Im Band I u.a.

- Eingearbeitet wurden die Neuregelungen durch das Bayerische Behindertengleichstellungsgesetz. Betroffen war in diesem Zusammenhang die Kommentierung des Art. 46 BayBO (Wohnungen) hinsichtlich des barrierefreien Wohnens.
- Aktualisierung der Erläuterungen zu Art. 89 BayBO (Ordnungswidrigkeiten). Der zugehörige Bußgeldkatalog wurde ebenfalls den neuen Verhältnissen angepasst.

In Band II (Sonstige wichtige Regelungen) wurden die dort enthaltenen Gesetze, Verordnungen und Richtlinien zum Baurecht in einem weiteren Schritt umfassend aktualisiert.



Fax-Coupon

Simon/Busse, Bayerische Bauordnung
Herausgegeben von Dr. Jürgen Busse, Direktor des Bayerischen Gemeindefiskus, vormals herausgegeben von Dr. Alfons Simon, Abteilungsleiter a.D.

81. Aufl. 2005. Rund 820 Seiten. In 2 Ordnern.

□ Vorrangpreis für das Grundwerk bei Bezug von 3 fortlaufenden Ergänzungslieferungen € 118,- (damit jederzeit kündbar). ISBN 3-406-44019-3
□ ohne Ergänzungslieferungen € 240,- ISBN 3-406-50080-3

Name: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____
Datum/Unterschrift: _____

Beauftragter oder Adressat der Bestellung ist der Verlag C.H. Beck, 80799 München, Beck-Druckerei, Postfach 115, 80333 München.
Bestellen Sie bei Herrn Buchhändler oder bei: Verlag C.H. Beck, 80799 München, Beck-Druckerei, Postfach 115, 80333 München.
E-Mail: bestellung@beck.de Fax: 089/3889-402



Förderung des Mittelfränkischen Landkreistags:

Kurswechsel in bayerischer Kommunalpolitik!

Das achtjährige Gymnasium (G8) entpuppt sich immer mehr als eine neue Schuldenfalle für die Landkreise. Nach derzeitigen Berechnungen bleiben die mittelfränkischen Landkreise auf mehreren Millionen Euro sitzen. War zunächst davon die Rede, dass der Staat 100 Prozent der Kosten für Um- und Anbaumaßnahmen für den Betrieb des G8 übernimmt, also das Konnektivitätsprinzip angewandt wird, sieht die Situation nun vollkommen anders aus: „Wir wie bei einer Umfrage unter allen mittelfränkischen Landkreisen erfahren haben, erhält niemand die volle Förderung. Zwischen den Kosten für Baumaßnahmen, die die Landkreise an ihren Gymnasien durchführen müssen und der Förderung die der Freistaat bezahlt, klafft mittlerweile eine Lücke von sagenhaften 7,5 Millionen Euro“, erklärt die Vorsitzende des mittelfränkischen Landkreistages, Fürths Landrätin Dr. Gabriele Pauli.

Bei einem Gespräch bei der Regierung von Mittelfranken wurde deutlich, dass das Problem nur auf politischer Ebene gelöst werden kann. „Die Regierung hat bei den Zuwen-

dungsbescheiden korrekt gearbeitet, sich an die politischen Vorgaben gehalten. Doch genau letztere müssen sich ändern, wenn eine gerichtliche Auseinandersetzung vermieden wer-

den soll“, so die Landrätin. Der Fürther Kreistag hat bereits signalisiert, den Rechtsweg bestreiten zu wollen, sollte es zu keinem Umdenken kommen. Die Stadt München hat ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, das ebenfalls noch abgewartet wird.

Verhältnis klären

Landrätin Dr. Gabriele Pauli fordert daher einen sofortigen Kurswechsel in der bayerischen Kommunalpolitik. „Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber hat zwar beim Bund gut für die Kommunen verhandelt, jetzt muss er im eigenen Land das Verhältnis zu seinen Kommu-

nalpolitikern klären“, fordert Dr. Gabriele Pauli. Es sei Zeit, im eigenen Bereich das Vertrauen wiederherzustellen. „Wer das Konnektivitätsprinzip für den Bund fordert - und da sind wir dem Ministerpräsidenten sehr dankbar - der muss es auch zuhause in Bayern konsequent umsetzen. Bisher windet sich die Staatsregierung bei dem Thema aber wie ein Aal.“ So teilte der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Erwin Huber, der Landrätin im Auftrag des bayerischen Ministerpräsidenten mit Schreiben vom 02. September diesen Jahres mit, dass „die Bayerische Staatsregierung sich an die Zusage hält, die Sachaufwandsträger bestmöglich bei der Einführung des G8 zu unterstützen“, und weist gleichzeitig daraufhin, dass in der derzeit außerordentlich schwierigen Haushaltslage, eine über diese Zusage hinausgehende Bereitstellung von Haushaltsmitteln nicht möglich sei. „Das wollen wir auch gar nicht, wir wollen, dass das Konnektivitätsprinzip überhaupt Anwendung findet“, erklärt Dr. Gabriele Pauli.

Blick zurück

Die Landrätin erinnert an die Gespräche, die vor Einführung des G8 mit der Regierung geführt worden waren: So hatte Kultusministerin Hohlmeier im Kabinett laut einer Pressemitteilung der Staatskanzlei bereits am 30. März 2004 verkündet: „Der Freistaat Bayern nehme das in der Verfassung verankerte Konnektivitätsprinzip ernst und stehe zu seiner Verantwortung. Der den Kommunen durch das achtjährige Gymnasium entste-

henden Grundsätzen des Konnektivitätsprinzips auszugehen werden. Wir werden die erforderlichen Regelungen auch im Schulfinanzierungsgesetz verankern“. In einem Schreiben des Kultusministeriums vom 06.04.2004 hieß es dann auch, dass „im Zuge der Einführung des achtjährigen Gymnasiums in der Normalform insbesondere an Investitionen in die Mittagsversorgung (zum Beispiel Verteilungsküchen, Speise- und Aufenthaltsräume) und in zusätzliche Gruppen- und Schülerarbeitsräume zu denken sei“. In diesem Schreiben enthalten war eine sehr detaillierte Aufstellung darüber, was im Rahmen eines fundierten pädagogischen Konzeptes alles zu bauen sei (z.B. auch „Studien- und Silenzierräume, Lese- oder Meditationsräume“), damit eine Förderung - wohlgerne in vollem Umfang - gewährleistet sei.

Auf den Schultern der Landkreise

Nachdem sich die mittelfränkischen Landkreise sehr genau an diese Vorgaben gehalten haben, seien die Zuwendungsbescheide der Regierung nun aber ganz anders ausgefallen. „Das Kultusministerium hatte in einer Bekanntmachung vom 27.12.2004 nämlich „Richtlinien für die Förderung von Investitionen im Hinblick auf die Einführung des achtjährigen Gymnasiums“ veröffentlicht und darin auf einmal Kosten für bestimmte Räumlichkeiten (z.B. Aufenthalts- und Studierräume) als „nicht dem Konnektivitätsprinzip unterliegend“ erklärt, die vorher ausdrücklich als voll finanziell ausgleichbar bezeichnet waren.

Da fühlen sich die Landkreise reingelegt“, so die Bezirksvorsitzende der mittelfränkischen Landräte. Fast acht Millionen Euro müssen alle mittelfränkischen Landkreise demnach selber schultern, werden entgegen der Versprechen nicht gefördert. In mehreren Fällen wurde der Zuwendungsbetrag einfach pauschal, ohne nähere Begründung gekürzt. Aber auch notwendige Baumaßnahmen für erforderliche Flure und WC-Anlagen werden nun, wie beim Landkreis Fürth oder Landkreis Neustadt/Aisch, nur über eine - unter den tatsächlichen Kosten liegende - „allgemeine Kostenpauschale“ berücksichtigt.

Vertrauensverlust

„Der Ministerpräsident muss hier endlich die Zusagen einlösen! Nur wenn die G8-Finanzierung wie versprochen läuft, können wir wieder zu einem normalen Umgang zwischen Staatsregierung und Kommunalpolitikern kommen“, so Landrätin Dr. Gabriele Pauli, die auch auf den großen Vertrauensverlust verweist, der inzwischen entstanden sei. Das monatelange „Feilschen“ um das G8 habe sehr viel Ärger verursacht.

Chance zu neuem Anlauf

Die Landrätin sieht allerdings jetzt eine große Chance, zu einem neuen Anlauf. Edmund Stoibers Einsatz bei den Koalitionsgesprächen in Sachen Hartz IV habe gezeigt, dass er die Interessen der Kommunen massiv unterstützt. „Diese Kommunalfreundlichkeit sollte aber nicht nur in Berlin eingefordert, sondern auch in München praktiziert werden.“

Projekt im Landratsamt und Landkreis Günzburg:

„Beauftragter für Familie, Demographie und Integration“

Altersgerechtes Arbeiten - Ein Projekt im Landratsamt und Landkreis Günzburg Familien zu unterstützen, sie zu fördern und gute Lebensbedingungen für sie zu schaffen, steht nach Aussage von Landrat Hubert Hafner im Fokus des neuen Beauftragten für Familie, Demographie und Integration. Der Sozialpädagoge Meinrad Gackowski übernahm im Sommer die Stelle des Familienbeauftragten, die durch die Themenbereiche Integration ausländischer Mitbürger und demographische Entwicklung erweitert wurde.

Landrat Hafner möchte den Aufbau eines lokalen Familienbündnisses anstoßen. Denn um etwas bewegen zu können, so der Landrat, benötige man verschiedenste Akteure aus Verwaltung, sozialen Organisationen, Kirchen, Politik, Verbänden und Wirtschaft. Es gehe darum, „durch Kooperation auf breiter Ebene Stärken und regionale Kräfte insgesamt zu bündeln und zu vernetzen, aber auch ungeahnte Potentiale zu entfalten - zum Nutzen aller Betroffenen: Eltern und Kindern, Senioren, pflegende Angehörige, Arbeitgeber und Träger familienunterstützender Angebote. Durch aktive und gemeinsame Gestaltung des Sozialraums müssen wir weg vom „entmündigenden Fürsorgeprinzip“ hin zur Aktivierung von Ressourcen. Eigenverantwortung und bürgerschaftliches Engagement sind hierbei zentrale Punkte.“

Aufgabenstellung darin, gemeinsam Entwicklungen und Probleme des demographischen Wandels im Hinblick auf die Auswirkungen für den Landkreis Günzburg näher zu betrachten und zu verdeutlichen. Vorschläge zur Umsteuerung sollen gemeinsam in einer Projektgruppe erarbeitet und auch im Rahmen der Möglichkeiten verwirklicht werden. Die Projektgruppe spiegelt die Berührungspunkte zu verschiedensten Fachbereichen im Landratsamt wieder. Fragen wie Abwanderung, Zuwanderung, Verbesserung der wirtschaftlichen Struktur, Fragen der sozialen Versorgung oder der Lebensqualität sind dabei u.a. wichtige Themen.

In der Projektarbeit sind u. a. das Seniorenamt und die Fachstelle Sozialdienst, auch das Bauamt der Fachbereich Personalwesen oder die Wirtschaftsförderstelle vertreten. Ein weiteres Mitglied der Projektgruppe kommt von Außen: Der Diplom Geograph Markus Schöfer mit den Themen Wirtschafts- und Sozialgeographie war einige Jahre in der Forschung an der Universität Kaiserslautern tätig. Mittlerweile ist er mit seinem eigenen Unternehmen in der kommunalen und regionalen Beratung hier in Günzburg tätig. Einer seiner Schwerpunkte ist die demographische Entwicklung.

Ansatzpunkte

Landrat Hafner nennt für die Projektarbeit als Ziel, den demographischen Wandel für den Landkreis günstiger zu gestalten. Patentrezepte gebe es hier keine, jedoch Ansätze, die in anderen Kommunen bereits mit Erfolg verwirklicht werden. Diese könnten adaptiert werden.

Ein weiteres wichtiges Anliegen ist Hubert Hafner der Bereich der Integration ausländischer Mitbürger. Fragen der Integration und der interkulturellen Verständigung sind in der letzten Zeit zunehmend in den Blickpunkt von Politik und Öffentlichkeit getreten. Insbesondere mit dem neuen Zuwanderungsgesetz sind dabei Rahmenbedingungen geschaffen worden, die wirksam zu nutzen sind. Integrationsförderung, die vom Bund

angeboten wird, soll im Landkreis direkt vor Ort ergänzt werden. Integration in Form gemeinsamen Zusammenlebens zwischen Bürgern unterschiedlicher Herkunft verschiedener fremdenfeindlicher und rassistischer Denkweisen sei ein wichtiges Ziel.

Sprachförderung

Ansätzen will der Landkreis Günzburg unter anderem bei der Sprachförderung, insbesondere von Kindern im Elementarbereich, aber auch bei Erwachsenen. Gezeigt hat sich, dass junge Menschen mehr als nur eine reine Sprachförderung benötigen. Bei jungen Migranten zum Beispiel ist die Grundlage einer erfolgreichen beruflichen Integration. Wobei hier natürlich wieder Sprachkenntnisse Voraussetzung sind. Aber auch die eigene Verantwortung im Landratsamt steht im Fokus von Landrat Hafner und Meinrad Gackowski. Es geht zum Beispiel in einem von der EU geförderten Projekt („smart region“) um altersgerechtes Arbeiten, bei welchen auch kreiseigene Betriebe wie das Krankenhaus Günzburg und Krumbach sowie das Landratsamt selbst aktiv beteiligt werden. Weiterer Schwerpunkt bezogen auf die Mitarbeiter des Landratsamtes ist das Audit „Beruf & Familie“, die Zertifizierung der eigenen Behörde als familienfreundliche Verwaltung. „Damit wollen wir natürlich auch Außenwirkung erzielen und unseren Betrieben im Landkreis den Nutzen einer belebten Familien- und Kinderregion deutlich machen und einer Sichtweise „familienbewusste Personalpolitik als Wettbewerbsvorteil“ Vorschub leisten.“

Nutzen für die Region

Dieses Projekt wird mit Mitteln aus Donautal Aktiv und der gemeinnützigen Hertie Stiftung finanziert. Für den Landkreis Günzburg bzw. die Region des schwäbischen Donautals ist dies eine große Chance. Der Nutzen für die Region ist vielfältig: Zum einen erhalten die regionalen Akteure aktuelle Analysen der Sozial- und Arbeitsmarktstruktur sowie der demographischen Entwicklung und zum anderen erhalten Sie die Möglichkeit, sich europaweit zu präsentieren und neben der Stärkung eines nordschwäbischen Netzwerkes auch mit anderen europäischen Regionen in Erfahrungsaustausch zu treten

Umsteuerung

Im Bereich der demographischen Entwicklung besteht die

Gemeinde Grainet:

Staatlich anerkannter Erholungsort

Innenstaatssekretär Georg Schmid überreichte in Grainet (Landkreis Freyung-Grafenau) der Gemeinde die Anerkennungs-urkunde für den gesamten Gemeindebereich als staatlich anerkannter Erholungsort. Ein großer Teil von Grainet ist bereits seit 1996 als Erholungsort anerkannt. Die Gemeindeteile Oberseilberg, Unterseilberg, Obergrainet und Gschwendet waren noch wegen der trinkwasser- bzw. abwasserhygienischen Verhältnisse von der Anerkennung ausgenommen. „Inzwischen hat sich aber einiges getan. Einer Anerkennung des gesamten Gemeindegebietes als Erholungsort steht nun nichts mehr im Wege“, betonte Staatssekretär Schmid. C



Wir bleiben bayerisch. Versprochen.

Kundennähe hat auch etwas mit Entfernung zu tun. Viele bayerische Kommunen und kommunale Unternehmen wissen das. Deshalb bleiben wir von der BayernLB auch in Zukunft Herr im eigenen Haus - und die Geschäftsstellen unserer Sparkassenpartner überall in Bayern für Sie erreichbar. Versprochen. Die Sparkassen-Finanzgruppe Bayern: Ihr Partner im Kommunalgeschäft.





Verleihung des Frankenwürfels

Kreuzberg/Rhön (wefa) - Zum 21. Mal haben die Regierungspräsidenten aus Mittel-, Ober- und Unterfranken gemeinsam den „Frankenwürfel“ an drei Persönlichkeiten verliehen, bei denen das Prägende des fränkischen Charakters besonders deutlich zum Ausdruck kommt. Die Auszeichnung ging an den Landwirt Erwin Kolb aus Gundelshalm (Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen), an Josef Motschmann aus Bad Staffelstein (er hat die Judengeschichte der Region erforscht und publiziert) sowie an Cilli Pigor aus Unlesben, die als Kreisheimatpflegerin bewirkt hat, dass heute die Laienspieltheater ausschließlich in unterfränkischer Mundart spielen. Unser Foto zeigt von links: Regierungspräsident Karl Inhofer (Mittelfranken), die Preisträger Erwin Kolb, Josef Motschmann und Cilli Pigor sowie die Regierungspräsidenten Dr. Paul Behinhofer (Unterfranken) und Hans Angerer (Oberfranken).

Foto: Falk

Zehn Jahre „Kulturverein im Landkreis Rosenheim“:

Kulturelle Kräfte bündeln

„Seit Bestehen des Vereins sind weit über eine Million Euro über den Verein in die Kulturlandschaft unseres schönen Landkreises geflossen“, so der erste Vorsitzende Dietmar Dambach bei der Jahreshauptversammlung des Kulturvereins im Landratsamt Rosenheim. Damit konnten die kulturelle Qualität und Vielfalt in der Region ausgebaut werden. Mit einer modernen Datenbank wird das kulturelle Angebot der Region demnächst zu den Spitzenreitern in Bayern zählen.

In einem kurzen Rückblick stellte Dambach die Verknüpfung und positive Wechselwirkung zwischen der regionalen Kultur und der heimischen Wirtschaft dar: „Jährlich knapp 150.000 Besucher verdeutlichen die enorme Kraft, die von der Kultur im Landkreis ausgeht.“

Signale für Tourismus

Die überregionale Bedeutung der kulturellen Vielfalt hoben auch Landrat Dr. Max Gimpl, sein Stellvertreter Lorenz Kollmannsberger und Bürgermeister Rudolf Zehntner hervor. Kollmannsberger betonte vor allem die Signale für den Tourismus, der von einem solchen künstle-

rischen Angebot wesentlich profitiert. Zehntner verwies besonders auf den Standortfaktor Kultur, der den Raum in seiner Gesamtheit attraktiv macht.

Keine Qualitätseinbußen

Ohne Qualitätseinbußen ist es dem Verein gelungen, einen leichten Rückgang des Etats durch Anpassung der Ausgaben im vergangenen Vereinsjahr auszugleichen. Dabei dankte sich Dambach vor allem für die Spenden 2004 in einer Gesamthöhe von 25.000 Euro, „ohne die eine so herausragende Arbeit nicht möglich gewesen wäre.“

Ein Fazit nach zehn Jahren Kulturverein zog auch der zwei-

te Vorsitzende Klaus Jürgen Schönmetzler: „Mit 14 individuell geprägten Festivals haben wir es geschafft, deutschlandweit einzigartig zu sein“, so Schönmetzler. Die Region habe sich in den vergangenen Jahren zu einer der größten und renommiertesten Festspiel-Region Deutschlands entwickelt.

Beispiele für Vielfaltigkeit

Als Beleg für die Vielfältigkeit führte der „Vize“ dabei die Opernfestspiele Gut Immling, die Herrenchiemsee-Festspiele, das Kammermusikfestival Festivo in Aschau, die Seebühne Bernau/Felden, die Ameranger Schlosskonzerte, das Bad Aiblinger Gitarrenfestival Saitensprünge, die Opernbühne und den Kultursommer Maxlrain, die Oberaudorf-Reisacher Musiktage, das Theater am Stoa in Edling, das Oberbayerische Theatertreffen in Wasserburg, das Circus Narrenschiff in Wasserburg, den Musiksommer zwischen Inn und Salzbug sowie die Rock- und Pop-Wettbewerbe „Simply the Best“ und „Simply the Rest“ an.

Beachtliches Angebot

Schönmetzler beeindruckte mit Zahlen, die das beachtliche kulturelle Angebot in der Region verdeutlichen: Alleine in den Festspiel-Monaten Juli und August gab es in der Region 58 große Opern-, Ballett- und Musicals aufzuführen, 100 klassische Konzertveranstaltungen, 60 Rock-, Pop- und Jazzveranstaltungen sowie 150 Theateraufführungen.

Vermarktung hat Priorität

Als wichtige Aufgabe in den kommenden Jahren sieht Klaus Jürgen Schönmetzler für den Verein vor allem, Vorhandenes bestmöglich zu vermarkten. Dafür nannte er unter anderem neben der Modernisierung des Internet-Auftritts und der Herausgabe des Veranstaltungskalenders die Überarbeitung der Kulturzeitung „Momente“, deren Geschäftstätigkeit zum 1. Januar 2005 vom Kulturverein übernommen wurde, als geeignete Mittel.

DK

Deutschland 2006 - Schulen spielen die Fußball-WM

Gemeinschaftsprojekt der Landkreise Cham und Bautzen nimmt Gestalt an

Cham/Landkreis: Wegen der bevorstehenden Schul-WM haben Vertreter der Landkreise Cham und Bautzen zu weiteren Sondierungsgesprächen im Landratsamt getroffen. Landrat Theo Zellner begrüßte die Gäste aus dem Partnerlandkreis, informierte sich über den aktuellen Stand der Organisation und sicherte dem Gemeinschaftsprojekt seine vollste Unterstützung zu. „Deutschland 2006 - Schulen spielen die WM wird in unseren beiden Landkreisen sicher den gleichen Stellenwert haben wie die eigentliche FIFA-WM“, so Landrat Zellner, „und ich danke allen, die zur Verwirklichung dieser hervorragenden Idee beitragen.“

In der Zeit vom 25. bis 28. Mai 2006 werden Schulklassen (Geburtsjahrgänge 1990 und jünger) in die Trikots der an der WM teilnehmenden Nationen schlüpfen und analog zum Originalspielplan einen eigenen (Schul-)Weltmeister ermitteln. Zwei Maskottchen aus beiden Landkreisen (der Chamer Waldschraal und der Bautzemann) wurden zu einem gemeinsamen Logo zusammengeführt und sollen der von Bundespräsident Horst Köhler beschirmten Veranstaltung Glück und passendes Wetter bringen. Insgesamt 34 Schulen haben sich für die Teilnahme beworben, obwohl nur 32 Startplätze zur Verfügung stehen.

Sensibilisierung

Durch das Darstellen einer fremden Nation und die Auseinandersetzung mit deren Traditionen sollen die Jugendlichen für mehr Toleranz, Solidarität und Verständnis sensibilisiert werden. „Der Entwicklung und Zunahme von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wollen wir durch die aktive Auseinandersetzung entgegenwirken“, sagt Landrat Theo Zellner. „Die Entstehung neuer Partner- und Freundschaften sollen nachhaltig über dieses Projekt hinausführen und wir wollen damit erreichen, dass die WM nicht nur in den Metropolen stattfindet.“ Dabei wird das Turnier zweigeteilt. Die WM-Gruppen A-D spielen bis hin zu den Viertelfinalbegegnungen in Bautzen, die Gruppen E-H in Cham. Zu den Halbfinalspielen und zum Endspiel kommen die Bautzener Teilnehmer dann nach Cham.

Firmen unterstützen

Welche Schule letztendlich welches Teilnehmerland darstellen soll, wird parallel zur Leipziger WM-Auslosung am 9. Dezember 2005 in Bautzen ausgelost. Auch dazu haben die Verantwortlichen die Eckdaten festgelegt. Während der Fernsehübertragung der „richtigen WM“ sollen die Schulen ihre Nation zugelost bekommen. So steigt die Spannung nicht nur bei den Fußballfans der ganzen Welt, sondern auch bei Teilnehmern von Deutschland 2006 - Schulen spielen die WM.

Unterstützt wird das Projekt von 16 Unternehmen aus dem Landkreis, die als Pate eines WM-Teilnehmers fungieren. „Ohne die Unterstützung unserer Firmen könnten wir diese Großveranstaltung finanziell nicht schultern“, machte der Landkreisleiter deutlich. Dabei wird der Landrat selbst die Fußballstiefel schnüren. Im Eröff-

nungsspiel wird eine Landkreisauswahl gegen das Filmteam „Das Wunder von Bern“ antreten und der Landrat an der Seite des 54er Weltmeisters Horst Eckel erstmals das Trikot mit dem Adler tragen.

Stadtmarketingpreis Bayern

Fünf bayerische Städte und Gemeinden sind im neuen Kongresszentrum Bamberg mit dem ersten Stadtmarketingpreis Bayern ausgezeichnet worden. Unter 27 eingereichten Vorschlägen wurden die Städte Marktredwitz, Unterschleißheim, Rosenheim und Regensburg für besonders kreative Ideen geehrt. Durch die Konzepte soll nachhaltiger Kaufkraft in die Innenstädte gebracht werden. Ein Sonderpreis ging an den Markt Langquaid (Landkreis Kelheim). Die Auszeichnung ist nicht dotiert.

DK

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:
Landrat Luitpold Braun
Ehrenherausgeber:
Beda Bohinger
Otto Ammon
Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner
Telefon 08171 / 9307-13
Ständige Mitarbeiter:
Florian Hahn (KPv)
Lutz Robmann (Landtag)
Brigitte Scherriele (Wirtschaft und Messen)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)
Klaus Kamhuber
Peter Müller
Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Vervielfältigung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Victoria Bertele (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-11
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39 vom 01.01.2005

Anzeigenschlußtermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugspreis Inland:
76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlages und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13
Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:
Bayer. Landesbank München
Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank:
Füssen-Pfronten-Nesselwang
Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerin:
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
Fränkischer Tag GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Wilhelm-Hoegner-Preis an Hans Schuierer

In einer Feierstunde im Bayerischen Landtag wurde der diesjährige Wilhelm-Hoegner-Preis der SPD an den ehemaligen Oberpfälzer Landrat Hans Schuierer für dessen langjähriges Engagement gegen den Bau der atomaren Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf verliehen.

SPD-Fraktionschef Franz Maget bezeichnete den diesjährigen Preisträger als Pionier des Ausstiegs aus der Atomenergie. Als überzeugter Atomkraft-Gegner wurde Schuierer zur Symbolfigur und Spitze des friedlichen Protestes gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage. Zusammen mit der oberpfälzischen Bevölkerung stellte er sich damals offen gegen die Energie-Politik der CSU-Staatsregierung. Gewaltfreie Demonstrationen und der friedfertige Dialog zwischen Polizei und Demonstranten spielten für Schuierer dabei eine zentrale Rolle.

Einsatz für bürgerfreundliche Region

Neben seinem Engagement für die Verbesserung der Umwelt und der Lebensbedingungen der Menschen, das ihn zur Spitze der Anti-WAA-Bewegung machte, setzte sich Schuierer stark für den Aufbau des Großlandkreises Schwandorf zu einer modernen und bürgerfreundlichen Region ein. Ein tief ausgeprägtes soziales Denken und seine starke Bürgernähe kennzeichnen den bis heute beliebten Kommunalpolitiker. Während seiner Amtszeit als Landrat von 1970 bis 1996 wurde seine Arbeit von den Bürgerinnen und Bürgern mit außergewöhnlich hohen Wahlergebnissen honoriert.

DK



Landrat Theo Zellner (Bildmitte) mit den Hauptverantwortlichen der beiden Landkreise. Die Bautzener Gäste haben Landrat Theo Zellner sowie seinen beiden Mitarbeitern Karlheinz Sölich und Bernhard Nagelschmidt einen „Bautzemann“, das Bautzener Maskottchen, mitgebracht.

Gemeinsame Gesellschaft:

Fünf kommunale Krankenhäuser bündeln ihre Kräfte

„Gemeinsam ist besser als einsam“ - das ist der Leitgedanke unter dem künftig die fünf kommunalen Krankenhäuser im Landsberg am Lech, Miesbach-Agatharied, Starnberg, Wolfartshausen und in der Stadt Rosenheim in einer gemeinsamen Gesellschaft zusammenarbeiten werden. In seinem Impulsreferat sprach Dr. Knorr vor den teilnehmenden Landräten und der Oberbürgermeisterin wie klar die kommunalen Vertreter Gesundheit als stabilitätsstiftendes Merkmal formuliert haben.

Ziel dieser Kooperation ist es die vorhandenen Ressourcen im medizinischen Bereich wie auch im Dienstleistungssektor noch besser zu nutzen und zu optimieren.

Verschiedene Faktoren verantwortlich

Verschiedene Faktoren haben zu dieser zukunftsgerichteten Entscheidung geführt; die veränderten Rahmenbedingungen im Gesundheits- und Krankenhauswesen, der enorme Kostendruck, die harten Wettbewerbsbedingungen und nicht zuletzt die Sorge um den Erhalt der hohen medizinischen Leistungen und der Qualität für die Bürger.

„Gesundheit Oberbayern GmbH“

Dies hat die Oberbürgermeisterin und die Landräte der beteiligten Kommunen dazu bewegt, sich über eine gemeinsame Zukunft ihrer kommunalen Kliniken Gedanken zu machen. Zusammen mit den Geschäftsführern und Vorständen der Krankenhäuser wurden

Gespräche geführt und Ideen zur Krankenhauskooperation gesammelt. Im Ergebnis soll mit Wirkung zum 01.01.2006 eine gemeinsame Gesellschaft mit dem Namen „Gesundheit Oberbayern GmbH“ entstehen.

Notwendige Anpassungen

Mit deren Hilfe sollen notwendige Anpassungen und gemeinsame Aufgaben leichter und kostengünstiger realisiert werden. Die endgültigen Beschlüsse aller Kreistage und des Stadtrates werden bis Mitte nächsten Monats erwartet.

Aufgaben und Qualitätsziele

Die wirtschaftliche Verantwortung bleibt dabei bei den beteiligten Krankenhäusern. Die gemeinsamen Aufgaben und Qualitätsziele werden von den Partnern definiert und schrittweise umgesetzt. Ein wesentlicher Fortschritt ist vor allem, dass bestimmte Aufgaben nur einmal für alle Krankenhäuser erledigt werden müssen und eine gemeinsame Durchsetzung von wichtigen

Maßnahmen erfolgen kann.

Die Krankenhäuser können als Einzelkämpfer dem massiven und noch weiter steigenden wirtschaftlichen Druck nicht mehr ausreichend standhalten. Bettenabbau, verstärkte Patientenorientierung, Konzentration auf Kernkompetenzen und neue Versorgungsmodelle, Entwicklung neuer Marktstrategien, Zusammenarbeit mit niedergelassenen Ärzten, Rehakliniken und Pflegediensten; das alles kann in gemeinsamer Kooperation noch besser weiterentwickelt werden. Damit sollen letztlich die Qualität der medizinischen Versorgung weiter verbessert, sowie die Effizienz gesteigert, die Kosten reduziert und die Arbeitsplätze langfristig gesichert werden.

Auftaktveranstaltung in Starnberg

Bei einer Auftaktveranstaltung im Klinikum Starnberg sprach der Vertreter des Bayerischen Sozialministeriums, Ministerialdirigent Dr. Gerhard Knorr, in seinem Impulsreferat vor der Oberbürgermeisterin und den teilnehmenden Landräten sowie namhaften Krankenkassenvertretern von vorbildlichen Handeln, vor allem wie klar die Kommunen den Faktor Gesundheit als stabilitätsstiftendes Merkmal formuliert haben.



Die Besuchergruppe aus Unterfranken im Europäischen Parlament.

Informationsfahrt unterfränkischer Landräte nach Brüssel:

Kommunale Interessen endlich berücksichtigen!

Landkreis Schweinfurt - Von der Öffentlichkeit wird die Europapolitik meist zu wenig wahrgenommen, insbesondere werden die Auswirkungen europäischer Entscheidungen auf die Kommunen unterschätzt, obwohl diese Entscheidungen auf den Kommunen ein Gewicht gewinnen. In zentralen Bereichen wie der Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Umweltpolitik bestimmt das Gemeinschaftsrecht schon jetzt maßgeblich nationales und besonders auch regionales Handeln sowie die Vorgaben für die kommunalen Verwaltungen.

Auf Einladung des bayerischen Europaministers Eberhard Sinner besuchte der unterfränkische Bezirksverband des Bayerischen Landkreistages unter Leitung des Vorsitzenden Landrat Harald Leitherer, Schweinfurt, gemeinsam mit dem Regierungspräsidenten von

Unterfranken, Herrn Dr. Beinhofer, europäische Einrichtungen in Brüssel.

Arbeitsgespräche

In einer Reihe von Arbeitsgesprächen stellten die unterfränkischen Landräte ihre Positionen

und Wünsche dar, so im Gespräch mit der Europaabgeordneten Dr. Anja Weisgerber, dem Ständigen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in Brüssel, Dr. Wilhelm Schönfelder, und des weiteren bei Besuchen des Europäischen Parlamentes, des Rates der Europäischen Union, des Ausschusses der Regionen und der Bayerischen Vertretung in Brüssel. Dabei wurden unter anderem die Förderrichtlinien im Hinblick auf künftige EU-Förderprogramme besprochen, ebenso die Dienstleistungs- und Vergaberichtlinien.

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Es gibt Situationen, da muss man einfach den Stahlhelm enger zurren und den Entrüstungsturm über sich ergehen lassen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, musste am Tag zuvor eine anstrengende Bürgerversammlung hinter sich bringen.

Seit ein paar Jahren bekommen wir in dem betreffenden Stadtteil Prügel, weil an der dortigen Schule ein Teil des Unterrichts in Containern abgehalten wird. Natürlich sind es 1-A-Bürocontainer mit allem Komfort, aber die Eltern nehmen dieses erzwingene Provisorium irgendwie persönlich und meinen, ihre Sprösslinge seien die Stiefkinder der Stadt. Deshalb wird auch vehement ein Anbau an die Schule verlangt.

Bis jetzt ist es immer noch gelungen, die Leute mit Hinweis auf die leeren Stadtkassen zu beruhigen, die einen Neubau nicht zulassen. Dazu



Osten bereits so entvölkert sind, dass die dortigen Landesregierungen gegensteuern und auf die Einwanderung in unsere Sozialsysteme aus allen Herren Ländern können wir getrost verzichten.

Also wird es in Zukunft nicht mehr darauf ankommen, Schulen und Kindergärten zu bauen, sondern Einrichtungen, die zumindest auch von Senioren benutzt werden können. Wir

werden uns verstärkt mit dem Thema Rückbau von Wohnungen befassen müssen. Die weniger werdenden Nachfrager nach Wohnraum werden anspruchsvoller: Wohnkäse aus den 70er Jahren, wie sie auch unsere städtische Wohnungsbaugesellschaft hingeklotzt hat, finden heute keine Abnehmer mehr. Man zieht größere, stadtnahe und barrierefreie Wohnungen vor, wenn es schon nicht zum eigenen Häuschen reicht. Darauf müssen wir als Kommunen Antworten finden.

Oh, ich weiß, in Bayern haben wir immer noch Wanderungsgewinne und Leerstandsprobleme wie in einigen ostdeutschen Kommunen oder Städten im Ruhrgebiet sind bei uns unbekannt. Aber wie lange noch? Und wollen wir erst dann, wenn die Probleme vor unserer Tür stehen, das Rad neu erfinden und nach Lösungen suchen oder wäre es sinnvoller, jetzt schon Vorsorge zu treffen?

Mein Chef, der Bürgermeister, ist skeptisch. Erstens hat die Bundestagswahl gezeigt, dass die Wähler wie die Kinder sind und bocken, wenn ihnen der Onkel Politiker die bittere Wahrheit sagt, anstatt Geschenke zu versprechen. Zum anderen - Hand aufs Herz - es sind ja Herausforderungen, die selbst bei optimalem Verlauf der politischen Karriere des Bürgermeisters sein Nachfolger zu lösen hat. Aber Nachdenken ist ja nicht verboten und dazu möchte ich meinen Chef anregen. Auf dem heutigen Kalenderblatt findet sich übrigens ein Satz des amerikanischen Schriftstellers John Steinbeck, den der Bürgermeister sich zu Herzen nehmen sollte: „Oft ist die Zukunft schon da, ehe wir ihr gewachsen sind.“

Beim Wohnungsbau jetzt Vorsorge treffen!

Hinweise auf fehlende oder sinkende Zuschüsse von Land und Bund - das zog. Schön langsam aber werden die guten Leuten unruhig und das Mosern wird deutlicher. Mein Rat an den Bürgermeister: Hosen runter lassen und die Wahrheit sagen: Bei der sinkenden Geburtenrate lohnt ein Schulhausanbau einfach nicht.

Das möchte er aber noch nicht und setzt mehr auf das Prinzip Aussitzen. Denn sicherlich wäre das eine bittere Pille für eine Bevölkerung, die über Jahrzehnte gewohnt war, dass Ansprüche und Wünsche an öffentliche Einrichtungen mit Blick auf stetige Wachstumszahlen erfüllt wurden. Und so war es ja auch bei uns gang und gäbe: Die Folgen des Pillenkicks in der eingesenken Bevölkerung wurden durch Zuwanderung aller Art ausgeglichen. Kindergärten und Schulen waren immer gut gefüllt und eher beherrschte Enge und der Wunsch nach noch einem Fachraum die Diskussion als Leerstand. Doch das wird sich mit präziser mathematischer Sicherheit in den kommenden Jahren ändern. Die Geburten nehmen ab, die Zuwanderung aus anderen deutschen Ländern wird abflachen, da ja einige Gegenden im



Staatliche Förderung sichern!



Damit Sie sich später entspannt zurücklehnen können, sollten Sie jetzt etwas für Ihre Rente tun. Der Staat fördert die private Altersvorsorge. Verschenken Sie kein Geld und nutzen Sie Ihre Vorteile. Wir sagen Ihnen wie.

Besuchen Sie uns in unseren Versicherungsagenturen, allen Sparkassen und auf www.versicherungskammer-bayern.de



Wir versichern Bayern.

Finanzgruppe

Stauden sind Schwerpunkt bei Ländlicher Entwicklung

17 Verfahren in Bearbeitung, weitere sind geplant
Erheblicher Beitrag zur Verbesserung der Agrar- und Infrastruktur

Stauden (wkl). Im Einzugsgebiet des Amtes für Ländliche Entwicklung Schwaben (ALES) in Krumbach sind die Stauden ein Arbeitsschwerpunkt. Mit den Instrumenten Flurneuordnung, Dorferneuerung und Integrierte Ländliche Entwicklung werden wertvolle Beiträge zur Verbesserung der Agrar- und Infrastruktur in Bayern geleistet. Damit werden die natürlichen, sozialen und ökonomischen Lebensgrundlagen in den ländlichen Räumen gesichert.

Derzeit laufen in den Stauden 17 Verfahren der Flurneuordnung und eine Dorferneuerung. Die Anordnung weiterer sieben Verfahren durch das ALES Krumbach steht bevor (siehe Kasten). Die Maßnahmen der Ländlichen Entwicklung werden mit Mitteln Bayerns, des Bundes und der EU gefördert. In den derzeit laufenden Stauden-Projekten sind Gesamtinvestitionen in Höhe von rund 25 Millionen Euro geplant. Dafür stellt das Bayerische Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten knapp 18 Millionen Euro an Zuschüssen bereit. Über zwölf Millionen Euro sind davon bereits ausbezahlt.

Bayernweit laufen in über tausend Gemeinden mit rund 4600 Ortschaften und 1,2 Millionen Einwohnern Projekte der Ländlichen Entwicklung. Im Jahr 2005 stellt der Freistaat Bayern dafür - trotz angespannter Haushaltslage und rigoroser Sparmaßnahmen - über 100

Millionen Euro an Fördermitteln bereit. Allein auf Maßnahmen der Dorferneuerung entfallen davon rund 40 Millionen Euro.

Ludger Klinge, beim Amt für Ländliche Entwicklung Schwaben für die Landkreise Augsburg und Aichach-Friedberg zuständig, listet die Ziele und Aufgaben der Ländlichen Entwicklung in Bayern auf: Hilfen für die Landwirtschaft, Verbesserung der Lebensbedingungen, Behebung struktureller Nachteile durch öffentliche Großbaumaßnahmen (speziell Straßenbauprojekte), Gestaltung und Weiterentwicklung der Kulturlandschaft, Sicherung einer gesunden, intakten Umwelt, sowie Hilfestellung für Landwirte, Bürger und Gemeinden durch die Dorferneuerung. Hinzu kommt in jüngster Zeit die Unterstützung der Gemeinden bei umfangreichen Maßnahmen im vorbeugenden Hochwasserschutz. All diese Ziele, so Klin-

ge, können nur durch eine aktive, konstruktive und kreative Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger aller gesellschaftlichen Schichten erreicht werden. Deshalb habe die Bürgerarbeit höchste Priorität bei allen Verfahren der Ländlichen Entwicklung. Staatsminister Josef Miller:

„Den ländlichen Regionen in Bayern kommt eine wichtige Bedeutung für die Entwicklung des gesamten Landes zu. Mehr als 80 Prozent der bayerischen Landesfläche, nämlich rund 70000 Quadratkilometer, entfallen auf den ländlichen Raum. Dort leben mehr als die Hälfte der rund zwölf Millionen Bewohner des Freistaates. Für das Ziel der Landespolitik, in den ländlichen Räumen Lebensbedingungen zu schaffen, die denen in Ballungsgebieten gleichwertig (nicht gleichartig) sind, bietet das Staatsministerium wichtige Gestaltungsmaßnahmen und Förderkonzepte an.“

§ GZ Aktuelle Rechtsprechung §

Arbeit des Kreisbrandrats ist nicht sozialversicherungspflichtig

Gunzenhausen (wefa) - „Die ehrenamtliche Arbeit eines Kreisbrandrats ist keine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit.“ Das hat jetzt das Landessozialgericht in München festgestellt. Es folgte mit dieser Grundsatzentscheidung der Rechtsposition des Landkreises Weißenburg-Gunzenhausen.

Zur Vorgeschichte: Im Jahr 2000 stellte die Krankenkasse des hiesigen früheren Kreisbrandrats unter Aufgabe ihrer früheren Rechtsauffassung die Versicherungspflicht der Tätigkeit des Kreisbrandrats in allen Zweigen der Sozialversicherung fest, und erhob, gemessen an der dem Kreisbrandrat gezahlten Entschädigung, dafür vom Landkreis Beiträge. Der vom Landkreis hiergegen eingelegte Widerspruch wurde zurückgewiesen, ebenso die vom Landkreis dagegen vor dem Sozialgericht in Nürnberg erhobene Klage.

Berufung stattgegeben

Das Landessozialgericht in München ist nunmehr der Rechtsauffassung des Landkreises Weißenburg-Gunzenhausen gefolgt und hat dessen Berufung stattgegeben.

Das Landessozialgericht hat das Urteil des Sozialgerichts und auch den Widerspruchsbescheid und den Ausgangsbescheid der Krankenkasse aufgehoben. Eine Revision wurde nicht zugelassen. Der Landkreis hat damit in allen Punkten obsiegt.

Fehlen typischer Voraussetzungen

Unter umfassender Betrachtung und Würdigung der Rechtsstellung des ehrenamtlich tätigen Kreisbrandrats hat das Landessozialgericht festgestellt, dass sich der Kreisbrandrat nicht in einem sozialversicherungsrechtlichen Beschäftigungsverhältnis beim Landkreis befindet und damit keine Beitragspflicht vorgelegen hat. Es fehle an typischen Voraussetzungen eines Arbeitsverhältnisses, so zum

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage des Beck-Verlags München bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.



Staatsminister Josef Miller (links) - hier im Bild mit Bürgermeister Anton Müller (Mickhausen), Landrat Dr. Karl Vogele, Bürgermeister Josef Fischer (Fischach) und Alois Krausenböck (ALES) - informiert sich laufend persönlich über den Fortgang der 17 laufenden Flurneuordnungsverfahren in den Stauden. Bild: Walter Kleber

Beispiel an einer Eingliederung in die Arbeitsorganisation des Landkreises und der Fremdbestimmtheit der Tätigkeit. Auch werde der Kreisbrandrat nicht besoldet und erhalte kein Arbeitsentgelt für die geleisteten Dienste zur Sicherung des Lebensunterhalts. Die bezahlte Entschädigung stelle lediglich einen Ausgleich für den finanziellen Aufwand des Kreisbrandrats dar.

Differenzierte Betrachtungsweise

Das Verhältnis eines Kreisbrandrats zum Landrat sei unter Beachtung der Regelungen des Bayerischen Feuerwehrgesetzes differenziert zu sehen. Teilweise bestehe ein eingeschränktes Weisungsrecht des Landrats, in anderen Bereichen be-

sitze der Kreisbrandrat eine alleinige Entscheidungsbefugnis. In den Urteilsgründen hebt das Landessozialgericht hervor, dass die Besonderheit des Falles darin liege, dass der Kreisbrandrat ein Ehrenamt ausübe und sich dieses von einem Beschäftigungsverhältnis und auch von der Rechtsstellung eines Ehrenbeamten unterscheide.

Notwendige Klarstellung

Mit dieser Entscheidung des Landessozialgerichts München erreichte der Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen eine notwendige Klarstellung, die für alle Mitbürgerinnen und Mitbürger, die sich in einem Ehrenamt engagieren, und zumindest alle Landkreise in Bayern von erheblicher rechtlicher Bedeutung ist.

Vorschau auf GZ 23

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 23, die am 1. Dezember erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Wasserversorgung • Wasserentsorgung
- Umweltschutz
- Abfall und Recycling
- Kommunales Verkehrswesen
- Kommunalfahrzeuge

LIEFERANTEN- GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Aussenmöblierung

BECK • Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.

Möblierung für Aussen

Max-Eyth-Straße 31/1 • 71364 WINNENDEN
Telefon 07195/693300 • Fax 07195/693333
www.beck-aussenmoeblierung.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Fahnenmasten/Fahnen

Beutelsbacher Fahnenwelt
Inh. Bernd Knödler
Heinkelstraße 44
71384 WEINSTADT
Tel. 07151-995160
Fax 07151-995166
info@beutelsbacher-fahnenwelt.de
www.beutelsbacher-fahnenwelt.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER
05326/502-0

Wartehallen

38885 Langelsheim • www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCA-AG

Fahrradabstellanlagen

transparente Überdachungsanlagen
Fahrradpaßsysteme
Stadmobilien

ORION
Industrie- und Umwelttechnik GmbH

Waldweg 2, D-44289 Beckum
Tel. (0 25 58) 807-01 Fax: 807-35
www.orion-bausysteme.de

Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte

FUNERALIA GmbH • 97078 Würzburg
Tel. 0931/29903-0 • Fax 0931/29903-15
e-Mail: funerialia@t-online.de • www.funerialia.de

Kehmaschinen, selbstaufnehmende

SCHMIDT

SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH
D-79857 St. Blasien/Schwarzwald
Tel. 07672 / 412-0 • Fax 07672 / 412230

Kommunale Software

adKOMM GmbH
IT-Lösungen

Innovative Technologien für Ihr kommunales Informationsmanagement

Stadtweg 14 • 85134 Stammham
Tel.: 0 84 05/92 86 210 • Fax: 0 84 05/92 86 310
Poststelle@adKOMM.de
www.mehr-als-verwalten.de

Papierkörbe

der Umwelt zuliebe

IUT INDUSTRIE- UND UMWELTECHNIK GMBH

Düngstruper Straße 46 • 27793 Wildeshausen
Telefon: +49 (0)44 31 738323 • Telefax: +49 (0)44 31 738324
E-Mail: info@iut-umwelttechnik.de • www.iut-umwelttechnik.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Schacht-Ausrüstungen

Hailo Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk • Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 • D-35702 Heister
Fax: (02773) 82218 • Telefon: (02773) 82256 + 82263

Spiel-, Sport und Freizeitanlagen

KOMPAN
Unique Playgrounds

KOMPAN GmbH
Roffenstrasse 11 • 24941 Flensburg
Tel.: +49 461 77306-0 • Fax: +49 461 77306-35
E-Mail: kompan.gmbh@kompan.com
www.KOMPAN.com

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner Kommunal- und Winterdienst-Technik
W. Gmeiner GmbH & Co.

Bgm.-Knoll-Straße 26 • D-92245 Kümmerbruck/Amberg
Tel.: +49 (0)9621/7685-0 • Fax: +49 (0)9621/7685-49
E-Mail: info@gmeiner-online.de
Internet: www.gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

siehe Fahrradabstellanlagen **ORION**
www.orion-bausysteme.de

Wasserzähler

HYDROMETER
DIE ZUKUNFT ZÄHLT

HYDROMETER GmbH • Industriestraße 13 • 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/18 06 - 601 • Fax: 09 81/18 06 - 615
www.hydrrometer.de

Weihnachtsbeleuchtung

dekoration + werbung vertragshandel für **Jelitto Star**
weihnachtsbeleuchtung + fest-illuminationen
postfach 1141
90519 oberasbach
ruf nummer 09 11/69 39 65
telefax 09 11/69 59 63
email: deko-jochum@t-online.de
internet: www.deko-jochum.de

Winterdienst • Schneeräumgeräte • Streumaschinen

SCHMIDT

SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH
D-79857 St. Blasien/Schwarzwald
Tel. 07672 / 412-0 • Fax 07672 / 412230